

Sachsen-Monitor 2018

Ergebnisbericht

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	3
Ansprechpartner	5
1 Methodenbericht	6
1.1 Fragebogen und Feldzeit	6
1.2 Stichprobenziehung.....	6
1.3 Stichprobenkontrolle und -gewichtung.....	7
2 Ergebnisse.....	9
2.1 Leben in Sachsen	10
2.1.1 Zukunftserwartungen und Zukunftssorgen.....	10
2.1.2 Bewertung der wirtschaftlichen Lage.....	11
2.1.3 Bewertung der persönlichen Lebensumstände	12
2.1.4 Sachsen nach der Wiedervereinigung.....	15
2.2 Soziale Lage	18
2.2.1 Subjektive Schichtzugehörigkeit.....	18
2.2.2 Soziale Unterschiede	18
2.2.3 Bewertung der sozialen Mobilität	19
2.3 Stabilität und Akzeptanz der Demokratie in Sachsen	21
2.3.1 Bewertung der Demokratie.....	21
2.3.2 Wichtige und erfüllte Erwartungen an die Demokratie	22
2.3.3 Vertrauen in die Institutionen der Demokratie.....	24
2.3.4 Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland.....	25
2.4 Politisches Interesse und Partizipation	27
2.4.1 Interesse an Politik	27
2.4.2 Politische Partizipation	28
2.4.3 Gründe für politische Nichtbeteiligung	30
2.4.4 Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie	32
2.5 Ressentiments und demokratiegefährdende Einstellungen	33
2.5.1 Gruppenbezogene Ressentiments in Sachsen	33
2.5.2 Demokratiegefährdende Einstellungen und Schutz der Demokratie	36
2.6 Heimat	38
2.7 Fazit	41
Quellen und Literatur	42

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 - Forschungsdesign.....	6
Abbildung 2 – Gewichtungübersicht 1 (Alter und Geschlecht)	8
Abbildung 3 – Gewichtungübersicht 2 (Höchster Schulabschluss).....	8
Abbildung 4 – Persönliche Zukunftserwartung (nach formalem Bildungsniveau).....	10
Abbildung 5 – Zukunftssorgen.....	11
Abbildung 6 – Bewertung der wirtschaftlichen Lage Sachsens/der persönlichen wirtschaftlichen Situation	12
Abbildung 7 – finanzielle Sorgen (nach Bildungsniveau)	13
Abbildung 8 – Zufriedenheit mit persönlichen Lebensumständen	14
Abbildung 9 – Wichtigstes Problem in Sachsen	14
Abbildung 10 – Aussagen zu Sachsen nach der Wiedervereinigung.....	15
Abbildung 11 – Aussage „neues Unrecht“ (nach Bildungsniveau).....	16
Abbildung 12 – Aussage „Bürger zweiter Klasse“ (nach Region)	16
Abbildung 13 – Bewertung der Wiedervereinigung (nach Alter).....	17
Abbildung 14 – Subjektive Schichtzugehörigkeit	18
Abbildung 15 – Soziale Unterschiede.....	19
Abbildung 16 – Bewertung der allgemeinen sozialen Aufstiegschancen (nach Region)	20
Abbildung 17 – Bewertung der persönlichen sozialen Aufstiegschancen (nach formalem Bildungsniveau).....	20
Abbildung 18 – Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland	22
Abbildung 19 – Wichtige und erfüllte Erwartungen an die Demokratie.....	23
Abbildung 20 – Typisierung Demokratiezufriedenheit	23
Abbildung 21 – Vertrauen in Institutionen.....	24
Abbildung 22 – Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland (nach formalem Bildungsniveau)	25
Abbildung 23 – „Gerechter Anteil“	26
Abbildung 24 – „Gerechter Anteil“ (nach Region)	26
Abbildung 25 – Interesse an Politik.....	28
Abbildung 26 – Aussagen über Politik und Politiker	29
Abbildung 27 – Möglichkeiten politischen Einflusses	30
Abbildung 28 – Gründe für Nichtbeteiligung I	31
Abbildung 29 – Gründe für Nichtbeteiligung II	32
Abbildung 30 – Wunsch nach Bürgerbeteiligung	32

Abbildung 31 – Aussagen zu direkter Demokratie.....	33
Abbildung 32 – Indikatoren für Ressentiments gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen I.....	33
Abbildung 33 – Indikatoren für Ressentiments gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen II.....	34
Abbildung 34 – Indikatoren für Ressentiments gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen III.....	35
Abbildung 35 – Ressentiment-Typen	35
Abbildung 36 – Politische und demokratietheoretische Aussagen.....	37
Abbildung 37 – Wichtigkeit der Möglichkeiten, die demokratische Ordnung zu schützen (nach Alter)	38
Abbildung 38 – Wichtigkeit der „Heimat“	38
Abbildung 39 – Bedeutung der „Heimat“	39

Aus Gründen der besseren Verständlichkeit wird im Bericht i.d.R. verallgemeinernd die männliche Form verwendet. Diese Formulierungen umfassen gleichermaßen weibliche und männliche Personen.

Sämtliche grafisch dargestellten Ergebnisse in diesem Bericht werden in Prozent angegeben. Eventuell fehlende Werte zu 100 Prozent ergeben sich durch die Antwortmöglichkeiten „keine Angaben“ und „weiß nicht“ bzw. durch Rundungen.

Ansprechpartner

Reinhard Schlinkert | Dr. Susanne Klaus | Dr. Florens Mayer | Michael Mertes

Konstantinstraße 42 | 53179 Bonn

0228 / 32969-3 | bonn@dimap.de

1 Methodenbericht

Das Institut dimap führte im Freistaat Sachsen eine Befragung unter Personen ab 18 Jahren durch. Aus dieser Grundgesamtheit wurden nach dem Zufallsprinzip 1.011 Personen ausgewählt. Sie wurden mittels eines standardisierten Fragebogens im Rahmen von computergestützten persönlichen Interviews (Computer Assisted Personal Interview, CAPI) befragt.

Der folgende Methodenbericht gibt Auskunft über das gewählte Forschungsdesign der Befragung – den Fragebogen, die Feldzeit, die Ziehung der Stichprobe sowie die Datenkontrolle und -gewichtung. Vorab werden zur Orientierung die wichtigsten Rahmendaten der Erhebung tabellarisch dargestellt:

Grundgesamtheit	Bevölkerung in Sachsen ab 18 Jahren
Art der Befragung	Computergestützte persönliche Interviews
Stichprobengröße	n=1.011
Erhebungszeitraum	28.06. bis 23.08.2018
Stichprobendesign	Repräsentative Zufallsstichprobe
Auswahlverfahren	Random-Auswahlverfahren (ADM-Design)
Gewichtung	Nach Alter, Geschlecht und Bildung

Abbildung 1 - Forschungsdesign

1.1 Fragebogen und Feldzeit

Für die Fragebogenkonzeption waren dimap, die Staatskanzlei Sachsen sowie der Beirat des **Sachsen-Monitors** zuständig. Die Finalisierung des Fragebogens erfolgte in enger Abstimmung zwischen allen Beteiligten. Zu diesem Zweck fanden zwei Fragebogenkonferenzen statt.

Die Feldzeit begann am 28. Juni 2018 und endete am 23. August 2018. Es wurden insgesamt 40 geschulte Interviewer eingesetzt.

1.2 Stichprobenziehung

Die Auswahl der 1.011 Befragungspersonen erfolgte nach dem Random-Auswahlverfahren (ADM-Design), das zu einer mehrfach geschichteten, mehrstufigen Zufallsstichprobe führt. Sämtliche Gemeinden des Untersuchungsgebietes wurden nach regionalen Kriterien in Schichten eingeteilt. Als Schichtungsmerkmale dienten die (ehemaligen) Bezirke (im Folgenden „Bezirke“ genannt) sowie die BIK-Gemeindetypen.

Die Aufteilung der Auswahleinheiten der ersten Auswahlstufe (Sample Points) erfolgte proportional zur Zahl der Haushalte in den Schichten (Zellen) und zwar so, dass auch die jeweiligen Randbesetzungen der Schichtungsmerkmale optimal die Haushaltsverteilungen der entsprechenden Randkategorien abbildeten. Die Größenordnung bezieht sich auf die Einwohnerzahl der betreffenden BIK-Region. Bei Gemeinden außerhalb dieser Regionen erfolgte die Zuordnung entsprechend der politischen Gemeindegrößenklasse.

Für die erste Auswahlstufe wurde die Bundesrepublik anhand der kommunalen statistischen Bezirke und unter Zuhilfenahme eines geografischen Informationssystems (GIS) zur Straßeneinteilung der

Bundesrepublik. Diese Flächen oder Sample Points bilden die Auswahlseinheiten der ersten Auswahlstufe in rund 53.000 Flächen aufgeteilt.

Mit Wahrscheinlichkeiten proportional zur Zahl der Haushalte in den Sample Points wurde im ersten Schritt in jeder Zelle die erforderliche Anzahl Sample Points in Sachsen gezogen. Ein zusätzlicher Schichtungseffekt ergab sich dabei durch Sortierung der Auswahlseinheiten nach Kreisen, Gemeinden und ggf. nach Stadtbezirken innerhalb jeder Zelle.

In der zweiten Auswahlstufe wurden durch Zufallsauswahl die für die Stichprobe pro Sample Point benötigten Haushaltsadressen erhoben. Ausgehend von Startadressen in den Sample Points ermittelte der Interviewer in einem zweiten Schritt die Befragungsadresse durch Abzählen der Haushalte (jeder 3. Haushalt).

In diesen vorgegebenen Befragungshaushalten ermittelte der Interviewer in der dritten Auswahlstufe die zu befragende Zielperson. Dies geschah mit Hilfe eines systematischen Auswahlchlüssels, der allen zum Haushalt gehörenden Personen der Grundgesamtheit die gleiche Chance gewährleistet, in die Stichprobe zu gelangen, und die Zielperson eindeutig bestimmte. Jeder subjektive Einfluss der Interviewer auf die Auswahl der Befragungspersonen wurde damit ausgeschlossen.

Für die Befragung in Sachsen wurden 186 Sample Points ausgewählt, wobei durchschnittlich 6,5 Interviews pro Sample Point realisiert wurden, sodass sich eine breite regionale Streuung ergab.

1.3 Stichprobenkontrolle und -gewichtung

Während der Erhebungsphase fanden routinemäßig sowohl Durchführungs- als auch Qualitätskontrollen statt.

Die Durchführungskontrollen wurden entweder schriftlich oder telefonisch anhand eines Kontrollfragebogens oder persönlich vor Ort ausgeführt. Stichprobenartig wurden dabei die Existenz der Zielpersonenadressen und die Einhaltung der Auswahlvorschriften, wie z. B. die Begehungswege, überprüft.

Im Rahmen der Qualitätskontrollen wurden stichprobenartig die Interviewlänge, die zeitlichen Abstände zwischen den einzelnen Interviews, Interviewernotizen sowie die Einhaltung der Quotenvorgaben überprüft.

Standardgemäß wurden mindestens zehn Prozent der durchgeführten Interviews auf diese Weise kontrolliert.

Im Anschluss an die Erhebung fand die Überprüfung der Stichprobe anhand der demografischen Merkmale Alter und Geschlecht statt. Als Grundlage für den Vergleich dienten administrative Daten des Statistischen Landesamtes. Angelehnt an das Stichprobendesign der Befragung wurden hieraus die Strukturdaten der sächsischen Bevölkerung ab 18 Jahren gezogen und die Verteilung des Geschlechts, des Alters und des höchsten Schulabschlusses¹ der Befragten ermittelt.

Um der Repräsentativität der Ergebnisse zu genügen, wurde eine Gewichtung der Ergebnisse entsprechend der Grundgesamtheit durchgeführt. Dabei wurden sämtliche Antworten von unterreprä-

¹ Bei den Erhebungen von 2016 und 2017 wurde auf die Bildungsgewichtung verzichtet, da durch die Personengewichtung nach Alter und Geschlecht die Soll-Bildungsverteilung jeweils annähernd erreicht wurde. Das wäre auch bei der diesjährigen Erhebung der Fall gewesen. Die Bildungsgewichtung wurde daher nur Vollständigkeit halber vorgenommen.

sentierten Personengruppen stärker und die Antworten von überrepräsentierten Personengruppen schwächer gewertet (vgl. Abbildungen 2 und 3).

Geschlecht/Alter	Ungewichtet	Gewichtet
Männer 18-29 Jahre	11,2	9,2
Männer 30-39 Jahre	5,4	7,2
Männer 40-49 Jahre	4,8	9,3
Männer 50-59 Jahre	6,9	8,6
Männer 60-64 Jahre	4,0	2,9
Männer 65 Jahre und älter	19,0	11,3
Frauen 18-29 Jahre	5,7	8,3
Frauen 30-39 Jahre	6,1	6,3
Frauen 40-49 Jahre	6,3	8,8
Frauen 50-59 Jahre	7,7	8,6
Frauen 60-64 Jahre	4,2	3,2
Frauen 65 Jahre und älter	18,7	16,4
Angaben in Prozent		

Abbildung 2 – Gewichtungübersicht 1 (Alter und Geschlecht)

Schulabschluss	Ungewichtet	Gewichtet
Hauptschulabschluss	20,0	15,0
Realschulabschluss	46,5	56,0
Abitur	33,4	30,0
Angaben in Prozent		

Abbildung 3 – Gewichtungübersicht 2 (Höchster Schulabschluss)

2 Ergebnisse

Das Erkenntnisinteresse des diesjährigen **Sachsen-Monitors** hat sich gegenüber der Vorjahreserhebung nicht verändert. Es richtet sich allgemein auf die Zufriedenheit mit den Lebensumständen im Freistaat Sachsen und auf die Zukunftserwartungen der Menschen in Sachsen. Sodann steht die subjektive Bewertung der Folgen der Wiedervereinigung im Fokus der Erhebung (Kapitel 2.1).

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die soziale Lage in Sachsen. Hier zielt das Erkenntnisinteresse u.a. darauf ab, wie die Sachsen die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft und soziale Ungleichheit bewerten (Kapitel 2.2).

Ferner stehen die Evaluierung der politischen Kultur in Sachsen und die Messung der Stabilität und Akzeptanz der Demokratie und der demokratischen Institutionen in Sachsen im Mittelpunkt der repräsentativen Erhebung (Kapitel 2.3). In diesem Zusammenhang befasst sich der Monitor auch mit dem politischen Interesse und der politischen Partizipation der Sachsen (Kapitel 2.4).

Ein weiteres Ziel des **Sachsen-Monitors** ist die Messung besonderer Gefährdungsmomente der Demokratie innerhalb der sächsischen Bevölkerung sowie die Messung von Ressentiments in Sachsen (Kapitel 2.5).

Das diesjährige Sonderthema umfasst die Einstellungen der Befragten zum Thema Heimat (Kapitel 2.6).

Der besondere Wert eines sich jährlich wiederholenden Monitors ergibt sich aus der Möglichkeit, die gewonnenen Erkenntnisse mit denen des Vorjahres zu vergleichen und zu beobachten, ob sich Einstellungen und Meinungen der sächsischen Bevölkerung verändert haben oder gleich geblieben sind. Deshalb wird in diesem Ergebnisbericht – sowohl in den Grafiken als auch im Text – auf die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr hingewiesen.

Die methodische Belastbarkeit eines Vergleichs nimmt jedoch mit geringer werdender Stichprobengröße ab. Die gesamte Stichprobe umfasst 1.011 Personen. Das bedeutet, die Fehlertoleranz beträgt +/- 0,9 bis +/- 3,1 Prozent. Ein anderes Beispiel: Die Teilstichprobe der Berufsgruppe der Hochschulabsolventen besteht aus 128 Befragten. Das bedeutet, die Fehlertoleranz beträgt +/- 7,0 bis +/- 9,8 Prozent.

Aufgrund dieser Fehlertoleranz werden Veränderungen gegenüber der Befragung von 2017 im Text i.d.R. erst ab +/- 3 Prozentpunkten angegeben.

2.1 Leben in Sachsen

2.1.1 Zukunftserwartungen und Zukunftssorgen

Drei Viertel der sächsischen Bevölkerung sehen ihre Zukunft optimistisch. Weder Alter noch Geschlecht noch der Wohnort der Befragten spielt bei dieser Einschätzung eine maßgebliche Rolle, wohl aber das formale Bildungsniveau. Lediglich 65 Prozent der Hauptschulabsolventen teilen diese Auffassung, während Realschulabsolventen zu 74 Prozent und Hochschulabsolventen zu 78 Prozent optimistisch in die Zukunft blicken. Die optimistischste Sichtweise ist bei Personen mit Abitur mit 85 Prozent festzustellen (vgl. Abbildung 4).

Wenn Sie in die Zukunft blicken: Sehen Sie Ihrer persönlichen Zukunft eher optimistisch oder pessimistisch entgegen?

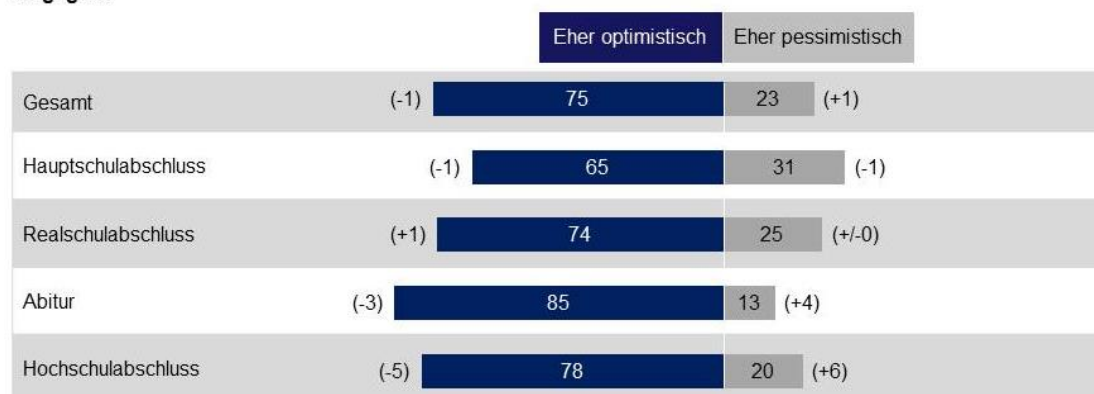


Abbildung 4 – Persönliche Zukunftserwartung (nach formalem Bildungsniveau)

Nach der Zukunft Sachsens gefragt, schätzen, wie im Vorjahr, 71 Prozent der Befragten diese optimistisch ein. Hierbei gibt es in den einzelnen Bevölkerungsgruppen kaum oder nur geringe Abweichungen von der Gesamtmeinung. In Gemeinden unter 20.000 bzw. über 100.000 Einwohnern liegt die positive Einschätzung (72 bzw. 74 Prozent) klar über der in Gemeinden mittlerer Größe (20.000 bis 100.000 Einwohner: 64 Prozent). Zudem fällt auf, dass der Optimismus im Bezirk Dresden (63 Prozent) im Vergleich zu den Bezirken Chemnitz und Leipzig (je 75 Prozent) leicht unterdurchschnittlich ausgeprägt ist.

Auf die Frage nach möglichen negativen Entwicklungen in der Zukunft geben wie im Vorjahr 83 Prozent der Befragten an, dass die Zunahme der Gegensätze zwischen Arm und Reich ihnen die größten Sorgen macht. In den mittelgroßen Gemeinden (20.000 bis 100.000 Einwohner) ist dies sehr stark ausgeprägt (93 Prozent) und auch in kleinen Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern ist diese Sorge (86 Prozent) groß. In Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern ist der Wert zwar weiterhin hoch (70 Prozent), liegt jedoch deutlich niedriger als in den mittleren und kleinen Gemeinden.

An zweiter Stelle steht die Sorge, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren geht (78 Prozent, Vorjahr: 71 Prozent). Vor allem die mittlere Altersgruppe (45- bis 59-Jährige: 88 Prozent) ist darum besorgt. Während es bei den über 70-Jährigen noch 79 Prozent der Befragten sind, sorgen sich bei den 18- bis 29-Jährigen mit 65 Prozent deutlich weniger.

Wie im Vorjahr haben 61 Prozent der Befragten die Sorge, dass es den kommenden Generationen in Deutschland schlechter gehen wird als uns heute, und 59 Prozent sorgen sich, dass ihre Rente nicht

zum Leben ausreicht. Von den Befragten im Bezirk Chemnitz machen sich deshalb 66 Prozent Sorgen, im Bezirk Dresden sind es 57 Prozent und im Bezirk Leipzig sind es 51 Prozent.

Über die Hälfte (58 Prozent) ist in Sorge, dass die deutsche Kultur und Eigenart verloren geht. 67 Prozent der Hauptschulabsolventen und 65 Prozent der Realschulabsolventen teilen diese Sichtweise. Bei den höheren Bildungsabschlüssen teilen diese Sorge weniger als die Hälfte der Befragten (Abitur: 47 Prozent, Hochschulabschluss: 35 Prozent).

Über ein Drittel der Befragten hat die Sorge, dass es ihnen persönlich insgesamt eher schlechter gehen wird (37 Prozent). Je höher der Bildungsabschluss, desto weniger Sorgen machen sich die Befragten in dieser Hinsicht (nach aufsteigendem Bildungsniveau: 48, 42, 26, 17 Prozent). Der Verlust dessen, was sie sich seit der Wiedervereinigung erarbeitet haben, beschäftigt 23 Prozent der Befragten. Für 21 Prozent besteht die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, wobei sich hier über die Hälfte der Hauptschulabsolventen (54 Prozent) Sorgen machen, während dies bei den folgenden aufsteigenden Bildungsniveaus drastisch abnimmt (23, 17, 9 Prozent). Am geringsten ist, wie schon 2017, die Sorge der Befragten, dass sie Opfer eines Terroranschlags werden (14 Prozent, Vorjahr: 23 Prozent) (vgl. Abbildung 5).

Nun lese ich Ihnen einige mögliche negative Aussagen über die Zukunft vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie sich deswegen sehr große, eher große, eher geringe oder keine Sorgen machen? Machen Sie sich Sorgen,...



Abbildung 5 – Zukunftssorgen

2.1.2 Bewertung der wirtschaftlichen Lage

Die wirtschaftliche Lage Sachsens sehen die Befragten zu 80 Prozent als sehr gut oder eher gut an. Die Gruppe der über 70-Jährigen teilt diese Auffassung zu 86 Prozent, während es bei den 18- bis 29-Jährigen nur zu knapp drei Vierteln (73 Prozent) der Fall ist. Die übrigen Gruppen liegen alle über der Drei-Viertel-Marke (nach Altersgruppen aufsteigend: 83, 76, 82 Prozent).

Ihre eigene wirtschaftliche Lage schätzen mit 81 Prozent etwas mehr Befragte als im Vorjahr (77 Prozent) als sehr gut oder eher gut ein (vgl. Abbildung 6). Dies trifft vor allem auf die über 70-Jährigen (94 Prozent) sowie die 30- bis 44-Jährigen (84 Prozent) zu, während die Jüngsten (18- bis 29-Jährige) einen deutlich geringeren Anteil (76 Prozent) einnehmen. Die Gruppe der 45- bis 59-Jährigen stellt den niedrigsten Wert, der mit 75 Prozent aber immer noch sehr hoch ist. Die 60- bis 69-Jährigen liegen mit 80 Prozent zwischen diesen Werten.

Das formale Bildungsniveau hat ebenfalls Einfluss auf die Bewertung der persönlichen wirtschaftlichen Lage. Die Befragten mit Hauptschulabschluss schätzen diese zu 71 Prozent positiv ein, Real- schulabsolventen zu 82 Prozent und Abiturienten zu 85 Prozent, bei den Hochschulabsolventen sind es 89 Prozent.

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Sachsen? Ist sie Ihrer Meinung nach sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?
Wenn Sie jetzt an Ihre eigene wirtschaftliche Situation denken, ist Ihre persönliche wirtschaftliche Situation sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?

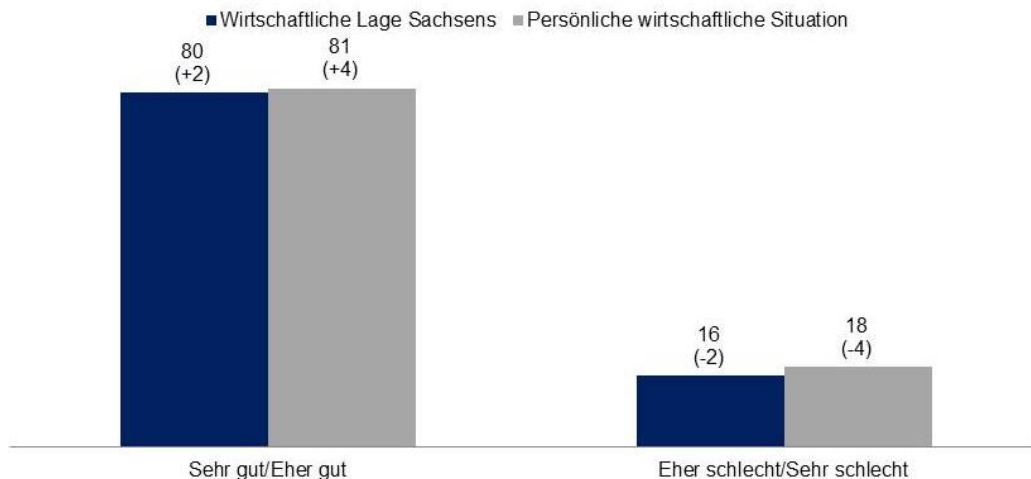


Abbildung 6 – Bewertung der wirtschaftlichen Lage Sachsens/der persönlichen wirtschaftlichen Situation

Aktuelle Ergebnisse vergleichbarer bundesweiter Erhebungen helfen, die Ergebnisse des **Sachsen-Monitors** einzuordnen: Bundesweit bewerteten im September 2017 78 Prozent der Befragten ihre eigene wirtschaftliche Situation mit sehr gut oder gut² und 84 Prozent bewerteten die wirtschaftliche Lage in Deutschland mit sehr gut oder gut³.

Die Ergebnisse belegen wie in den Vorjahren einen starken Zusammenhang zwischen der Einschätzung der eigenen Zukunftsperspektive und der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Diejenigen, die ihre eigene Zukunft optimistisch bewerten, stufen ihre Wirtschaftslage deutlich besser ein – 89 Prozent bewerten sie mit sehr gut oder eher gut – als Personen, die ihre Zukunft pessimistisch sehen. 58 Prozent von ihnen bewerten ihre wirtschaftliche Lage mit sehr gut oder eher gut.

2.1.3 Bewertung der persönlichen Lebensumstände

Ziel des **Sachsen-Monitors** ist es auch, die Zufriedenheit der Sachsen mit ihren persönlichen Lebensumstände zu erfassen. Dazu wurden den Befragten verschiedene Aspekte persönlicher Lebensumstände vorgelesen. Sie konnten den Grad ihrer Zufriedenheit jeweils auf einer vierstufigen Skala – sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden, sehr unzufrieden – angeben.

Insgesamt sind die Befragten mit ihren persönlichen Lebensumständen sehr zufrieden (vgl. Abbildung 8). Angeführt wird die Liste mit der persönlichen Wohnsituation. 91 Prozent bewerten diese positiv. 83 Prozent der Berufstätigen sind mit ihrer Beschäftigungssituation zufrieden, 81 Prozent aller Befragten sind mit dem Ausmaß an persönlicher Freizeit zufrieden. Jeweils 77 Prozent geben an, mit ihrer Gesundheit, der haus- und fachärztlichen Betreuung sowie der Sauberkeit von Plätzen und Straßen in der Umgebung zufrieden zu sein. 76 Prozent erachten die Sicherheit von Plätzen und

² Infratest dimap (2017) im Auftrag der ARD: DeutschlandTREND September 2017.

³ Infratest dimap (2017) im Auftrag der ARD: DeutschlandTREND Vorwählerhebung 2017.

Straßen in der Umgebung als zufriedenstellend. Mit ihrer finanziellen Situation sowie der sozialen Absicherung sind noch zwei Drittel der Befragten zufrieden (je 66 Prozent). Mit der Höhe der Lebenshaltungskosten sind die wenigsten, aber immer noch über die Hälfte der Befragten (58 Prozent), zufrieden.

Bei den meisten der abgefragten Aspekte fallen in den einzelnen Bevölkerungsgruppen keine oder kaum Abweichungen vom Gesamtbild auf. Geringe Unterschiede gibt es zum Beispiel bei der Bewertung der ärztlichen Versorgung in Stadt und Land: In kleinen Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern wird die ärztliche Versorgung zwar äußerst positiv bewertet (73 Prozent), in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern fällt das Urteil jedoch noch positiver aus (83 Prozent). Umgekehrt fällt das Meinungsbild bei der Sauberkeit von Plätzen und Straßen in der Umgebung aus. Bewohner von kleinen Gemeinden (85 Prozent) sind diesbezüglich noch etwas zufriedener als Bewohner von Kleinstädten (20.000 bis 100.000 Einwohner: 69 Prozent) und Bewohner von Großstädten (73 Prozent).

Deutlicher fallen die Unterschiede bei den finanziellen Aspekten „finanzielle Situation“, „soziale Absicherung“ und „Höhe der Lebenshaltungskosten“ aus. Hier zeigt sich grundsätzlich, dass formal niedriger Gebildete deutlich weniger zufrieden sind als formal höher Gebildete (vgl. Abbildung 7).

Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Lebensumständen? Ich lese Ihnen nun einige Aspekte vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie persönlich damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden sind. Wie ist das mit...?

Sehr / Eher zufrieden	...Ihrer finanziellen Situation	...Ihrer sozialen Absicherung	...der Höhe Ihrer Lebenshaltungskosten
Gesamt	66 (-1)	66 (-2)	58 (+3)
Hauptschulabschluss	56 (-7)	61 (+/-0)	48 (+/-0)
Realschulabschluss	62 (+4)	62 (-2)	52 (+6)
Abitur	74 (+7)	71 (-7)	71 (+3)
Hochschulabschluss	85 (-4)	84 (+1)	74 (-3)

Abbildung 7 – finanzielle Sorgen (nach Bildungsniveau)

Darüber hinaus zeigt sich, dass sich die Bewertungen dieser finanziellen Aspekte in den drei Bezirken Chemnitz, Dresden und Leipzig deutlich unterscheiden. Dabei ist die Unzufriedenheit in Chemnitz jeweils am stärksten und in Leipzig am schwächsten ausgeprägt: Mit ihrer finanziellen Situation sind 44 Prozent der Befragten in Chemnitz unzufrieden, in Dresden sind es 33 Prozent und in Leipzig sind es 21 Prozent. Mit ihrer sozialen Absicherung sind 43 Prozent der Befragten in Chemnitz unzufrieden, in Dresden sind es 35 Prozent und in Leipzig 18 Prozent. Mit der Höhe ihrer Lebenshaltungskosten sind 55 Prozent der Befragten in Chemnitz, 38 Prozent in Dresden und 31 Prozent in Leipzig unzufrieden.

Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Lebensumständen? Ich lese Ihnen nun einige Aspekte vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie persönlich damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden sind. Wie ist das mit...?

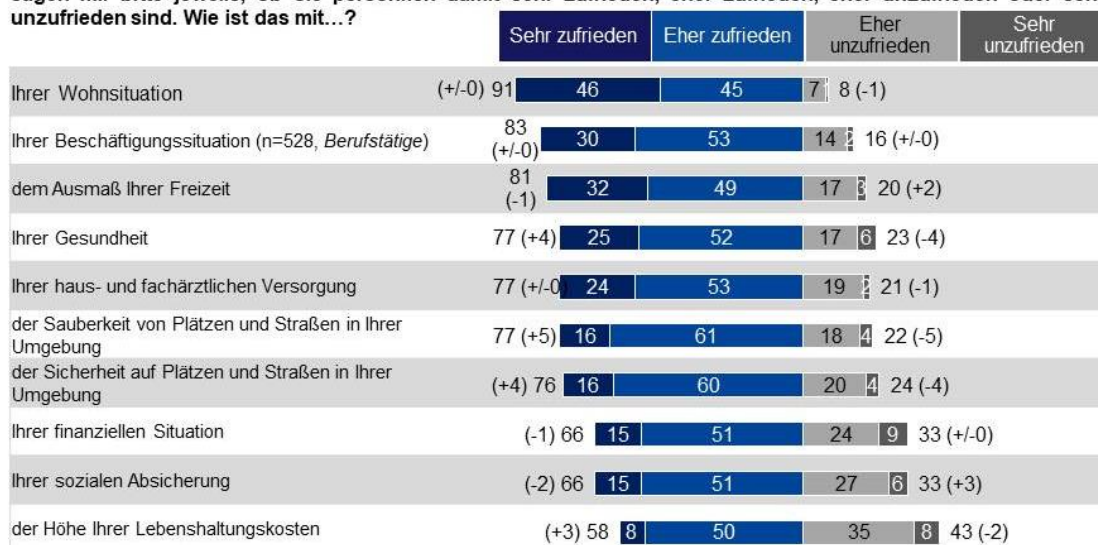


Abbildung 8 – Zufriedenheit mit persönlichen Lebensumständen

Bei den Fragen des **Sachsen-Monitors** handelt es sich in der Regel um geschlossene Fragen, bei denen den Befragten Antwortmöglichkeiten zur Auswahl vorgegeben werden. Die Frage nach dem gegenwärtig wichtigsten Problem in Sachsen wurde hingegen als offene Frage formuliert. Die unterschiedlichen Antworten der Befragten wurden nach der Erhebung ausgewertet und in Themengruppen zusammengefasst. An erster Stelle steht der Themenbereich Bildung / Lehrermangel. 20 Prozent der Befragten sehen hier die wichtigsten Probleme in Sachsen. 17 Prozent nannten Probleme, die sich dem Themenbereich Arbeitslosigkeit / Wirtschaftsförderung zuordnen lassen, an dritter Stelle werden Asylpolitik / zu viele Ausländer / Überfremdung genannt (16 Prozent). Im zweistelligen Bereich liegen weiterhin die Themen Armut / Billiglöhne / Altersarmut (14 Prozent) sowie Soziale Gerechtigkeit / Soziale Sicherheit (10 Prozent). Die übrigen genannten Problemfelder erreichen lediglich einstellige Werte (vgl. Abbildung 9).

Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Sachsen?

Dargestellt: Nennungen ≥ 5 Prozent

Mehrfachnennungen möglich



Abbildung 9 – Wichtigstes Problem in Sachsen

Die Wichtigkeit einzelner Themengruppen unterscheidet sich zum Teil von Bevölkerungsgruppe zu Bevölkerungsgruppe. So ist den Akademikern beispielsweise das Thema Bildung überproportional wichtig (27 Prozent), für Hauptschulabvolventen sind die Themen „Asylpolitik / zuviele Ausländer / Überfremdung“ und „Arbeitslosigkeit / Wirtschaftsförderung“ am wichtigsten (je 21 Prozent) und den Bürgern des Bezirks Chemnitz ist das Thema „Armut / Billiglöhne / Altersarmut“ am wichtigsten (22 Prozent).

2.1.4 Sachsen nach der Wiedervereinigung

Die Sachsen sehen die Entwicklung ihres Landes sehr positiv. 88 Prozent der Befragten sind stolz auf das, was seit 1990 erreicht wurde, und sind der Meinung, dass die Erinnerung an die Friedliche Revolution in Sachsen 1989 wichtig ist (84 Prozent) (vgl. Abbildung 10). Allerdings lässt sich erkennen, dass diejenigen, die die Wende erlebt haben, die Erinnerung an die Revolution deutlich wichtiger einstufen als die Gruppe der jüngsten Befragten (18- bis 29-Jährige: 63 Prozent; übrige Altersgruppen: durchweg mehr als 80 Prozent).

Sachsen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen. Diese Ansicht verfestigt sich bei den Befragten; 80 Prozent empfinden so, im vergangenen Jahr waren es 79 Prozent. Während von den 18- bis 29-Jährigen zwei Drittel der Befragten (67 Prozent) diese Einschätzung teilen, sind es bei den übrigen Altersgruppen durchweg deutlich mehr als drei Viertel (nach Altersgruppen aufsteigend: 83, 83, 82, 84 Prozent).

Auch gegenüber den übrigen ostdeutschen Bundesländern wird die wirtschaftliche Lage Sachsens von drei Vierteln der Befragten (75 Prozent) als besser eingestuft. Diese Einschätzung steigt mit zunehmendem formalem Bildungsniveau. Hauptschulabsolventen stimmen zu 65 Prozent zu, Realschulabsolventen zu 75 Prozent, Personen mit Abitur zu 76 Prozent, die Hochschulabsolventen liegen mit 84 Prozent Zustimmung deutlich an der Spitze.

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zu Sachsen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Aussage voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

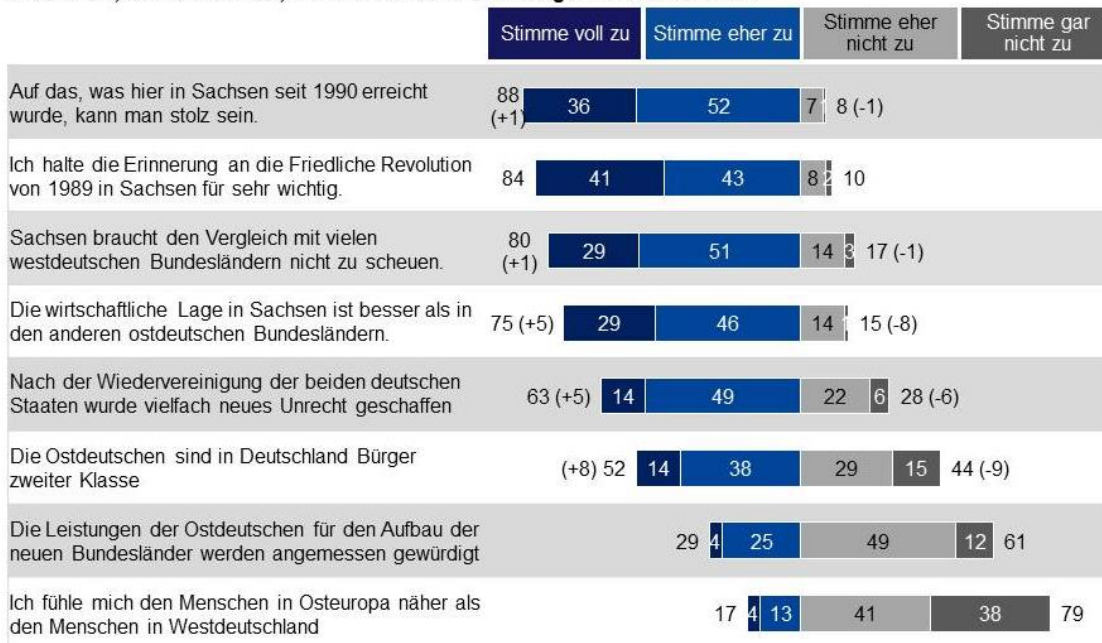


Abbildung 10 – Aussagen zu Sachsen nach der Wiedervereinigung

Trotz dieser positiven Bewertungen der Entwicklung nach der Wende ist eine Mehrheit auch der Meinung, nach der Wiedervereinigung sei vielfach neues Unrecht geschaffen worden (63 Prozent). Das sind fünf Prozent mehr als noch 2017 und 16 Prozent mehr als 2016. Niedriger Gebildete sind eher dieser Meinung als höher Gebildete (vgl. Abbildung 11).

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zu Sachsen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Aussage voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.



Abbildung 11 – Aussage „neues Unrecht“ (nach Bildungsniveau)

Nur eine Minderheit von 29 Prozent ist der Auffassung, die Leistungen der Ostdeutschen für den Aufbau der neuen Bundesländer würden angemessen gewürdigt. Eine Mehrheit (61 Prozent) der Bürger in Sachsen empfindet nicht so. Dieses Meinungsbild ist in allen Alters- und Bildungsgruppen sowie bei den Geschlechtern nahezu einheitlich. Leichte Unterschiede gibt es hinsichtlich des Wohnorts der Befragten: 23 Prozent derjenigen, die in Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern leben, aber 37 Prozent der Bewohner großer Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern, empfindet die Leistungen der Ostdeutschen als angemessen anerkannt.

Der Aussage, Ostdeutsche seien in Deutschland Bürger zweiter Klasse stimmen 52 Prozent (+6 Prozentpunkte) der Befragten zu. Ältere Befragte und formal niedriger Gebildete sind überdurchschnittlich häufig dieser Meinung. Zudem fällt ein starker regionaler Unterschied auf: In den Bezirken Leipzig und sind deutlicher weniger Befragte dieser Meinung als im Bezirk Chemnitz (vgl. Abbildung 12)

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zu Sachsen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Aussage voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

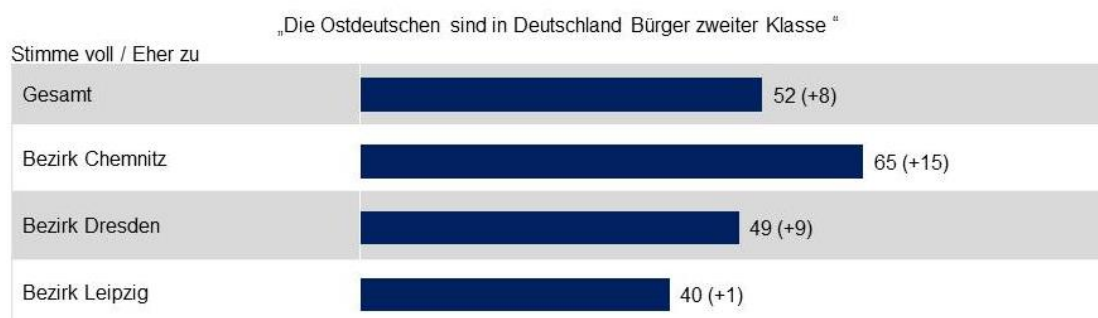


Abbildung 12 – Aussage „Bürger zweiter Klasse“ (nach Region)

Die Menschen in Ostdeutschland und in den Ländern Osteuropas, die vor der Wende östlich des „Eisernen Vorhangs“ lebten, haben in vielerlei Hinsicht gemeinsame historische Erfahrungen. Dennoch sagen nur 17 Prozent der Sachsen, sie fühlten sich den Menschen in Osteuropa näher als den Menschen in Westdeutschland.

Mit großer Mehrheit sind die Befragten der Ansicht, dass die Wiedervereinigung für Ostdeutschland Vorteile gebracht hat (61 Prozent). Damit wird der Vorjahreswert (63 Prozent) in etwa erreicht. Die Gruppen der jüngeren und mittleren Befragten sehen deutlicher die Vorteile (nach Altersgruppen aufsteigend: 62, 70, 60 Prozent), während die beiden übrigen Altersgruppen diese verhaltener sehen (55 bzw. 56 Prozent). Bei den Befragten mit Hauptschulabschluss sieht weniger als die Hälfte (47 Prozent) Vorteile in der Wiedervereinigung, allerdings sind nur 18 Prozent der Auffassung, es hätten sich Nachteile ergeben. 31 Prozent der Befragten glauben, Vor- und Nachteile halten sich die Waage.

Vor allem in den Großstädten werden Vorteile der Wiedervereinigung von den Befragten wahrgenommen (70 Prozent). Auch in kleinen Gemeinden liegt diese Einschätzung noch bei 60 Prozent, während in mittelgroßen Städten weniger als die Hälfte der Befragten (49 Prozent) diese Auffassung teilt. Insgesamt werden weniger Nachteile gesehen (nach Gemeindegröße aufsteigend: 12, 21, 11 Prozent), als dass sich Vor- und Nachteile die Waage halten (nach Gemeindegröße aufsteigend: 25, 28, 14 Prozent).

Und für Sie persönlich: Überwiegen da eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Wiedervereinigung?

		Vorteile überwiegen	Nachteile überwiegen	Hält sich die Waage
Gesamt	(+/-0)	63	13 (-2)	21 (+3)
18 bis 29 Jahre	(-3)	61	11 (-2)	21 (+8)
30 bis 44 Jahre	(+11)	73	8 (-9)	11 (-4)
45 bis 59 Jahre	(+2)	61	18 (-3)	21 (+2)
60 bis 69 Jahre	(-10)	54	16 (+4)	29 (+6)
70 Jahre und älter	(-7)	63	11 (+2)	25 (+5)

Abbildung 13 – Bewertung der Wiedervereinigung (nach Alter)

Wie in den beiden Vorjahren sehen nahezu zwei Drittel (63 Prozent, 2017: 63 Prozent, 2016: 64 Prozent) der Befragten für sich persönlich eher Vorteile in der Wiedervereinigung (vgl. Abbildung 13). Während bei den Befragten mit Hauptschulabschluss weniger als die Hälfte diese Auffassung vertritt (47 Prozent), sind es bei den Realschulabsolventen bereits deutlich über die Hälfte (61 Prozent), bei den höheren Bildungsabschlüssen liegt der Wert bei rund drei Vierteln (Abitur: 72 Prozent; Hochschulabsolventen: 76 Prozent). Während im vergangenen Jahr die über 70-Jährigen (70 Prozent) besonders häufig Vorteile gesehen haben, sind es in diesem Jahr die 30 bis 44 Jahre alten Befragten, die zu 73 Prozent der Auffassung sind, dass die Wiedervereinigung ihnen persönlich eher Vorteile gebracht hat, während es bei den über 70-Jährigen nur noch 63 Prozent sind.

Während im Bezirk Chemnitz 55 Prozent der Meinung sind, für sie persönlich hätte die Wiedervereinigung eher Vorteile gebracht, sind es 67 Prozent im Bezirk Dresden und 68 Prozent im Bezirk Leipzig.

2.2 Soziale Lage

2.2.1 Subjektive Schichtzugehörigkeit

In Ergänzung zu gesammelten Erkenntnissen über den Beschäftigungsstatus der Befragten, die gängige Indikatoren für die Schichtzugehörigkeit einer Person sind, wurden die Befragten gebeten, eine Selbsteinschätzung ihrer Schichtzugehörigkeit vorzunehmen. Diese Selbsteinschätzung stellt gegenüber den abgefragten Indikatoren einen erheblichen Erkenntnisgewinn dar, da nur auf diese Weise in Erfahrung gebracht werden kann, wie die verschiedenen Bevölkerungsgruppen ihre soziale Situation im Vergleich zu anderen wahrnehmen.

Insgesamt ordnet sich knapp die Hälfte der Befragten der mittleren Mittelschicht zu (47 Prozent). Zur Unterschicht rechnen sich 11 Prozent, zur unteren Mittelschicht 34 Prozent und zur oberen Mittelschicht sieben Prozent. Weniger als ein Prozent der Befragten rechnet sich der Oberschicht zu. Damit haben sich die Werte gegenüber dem Vorjahr geringfügig verändert (vgl. Abbildung 14). Die subjektive Schichtzuordnung hängt u.a. vom Bildungsniveau der Befragten ab: Hauptschulabsolventen ordnen sich zu 16 Prozent der Unterschicht, zu 46 Prozent der unteren Mittelschicht und zu 38 Prozent der mittleren Mittelschicht zu. Akademiker ordnen sich zu 2 Prozent der Unterschicht, zu 16 Prozent der unteren Mittelschicht und zu 64 Prozent der mittleren Mittelschicht zu. Null Prozent der Hauptschulabsolventen und 16 Prozent der Akademiker ordnen sich der oberen Mittelschicht zu.

Es wird heutzutage viel darüber gesprochen, dass es in Deutschland verschiedene Bevölkerungsschichten gibt – die Unterschicht, die untere Mittelschicht, die mittlere Mittelschicht, die obere Mittelschicht, die Oberschicht. Was würden Sie sagen, welcher dieser Schichten rechnen Sie sich selbst eher zu?

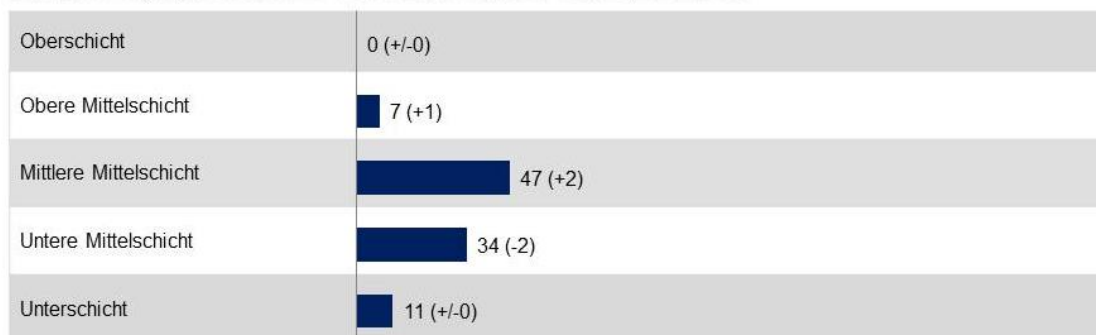


Abbildung 14 – Subjektive Schichtzugehörigkeit

2.2.2 Soziale Unterschiede

Im diesjährigen Sachsen-Monitor wurden auch die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber sozialen Unterschieden gemessen. Von den Befragten sind 64 Prozent der Meinung, dass das Einkommen sich nicht allein nach der Leistung des Einzelnen richten sollte, sondern jeder das haben sollte, was er mit seiner Familie für ein „anständiges Leben“ braucht. Je niedriger das Bildungsniveau, desto stärker wird diese Auffassung vertreten. Während bei den Hochschulabsolventen nur etwas über die Hälfte der Befragten (55 Prozent) dieser Meinung ist, stimmen 70 Prozent der Hauptschulabsolventen dieser These zu. Im Bezirk Chemnitz liegt die Zustimmung mit 74 Prozent der Befragten deutlich höher als bei jenen aus den Bezirken Dresden und Leipzig (je 59 Prozent).

Etwas über die Hälfte der Befragten (52 Prozent) stimmt der These zu, dass Unterschiede bei Einkommen und sozialem Ansehen ein Anreiz für Leistung sind. Personen mit Hauptschulabschluss sind zu 60 Prozent dieser Auffassung, Realschulabsolventen und Abiturienten je knapp über die Hälfte (51

Prozent), während nur 45 Prozent der Hochschulabsolventen dies so sehen. Der These "Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat", stimmt weniger als die Hälfte der Befragten (47 Prozent) zu. Lediglich Hauptschulabsolventen sind zu deutlich über der Hälfte der Befragten dieser Auffassung (57 Prozent), während es in den übrigen Bildungsgruppen weniger als die Hälfte sind (mit aufsteigendem Bildungsniveau: 44, 48, 49 Prozent). Während im Bezirk Chemnitz nur 37 Prozent der Befragten der o.a. These zustimmen, sind es in Dresden bereits 53 Prozent, in Leipzig 55 Prozent.

Drei Viertel der Befragten (75 Prozent) sind der Auffassung, dass das, was man im Leben bekommt, nicht so sehr von den eigenen Anstrengungen abhängt, sondern von der Wirtschaftslage, der Lage auf dem Arbeitsmarkt, den Tarifabschlüssen und den Sozialleistungen des Staates. Vor allem die über 70-Jährigen sehen das so (84 Prozent), auch in den übrigen Altersgruppen herrscht diese Auffassung bei (über) drei Vierteln der Befragten vor, lediglich bei den 18- bis 29-Jährigen ist es nur etwas über die Hälfte (59 Prozent). Breite Zustimmung findet diese These in mittelgroßen und kleinen Gemeinden (85 bzw. 80 Prozent), während in den Großstädten die Zustimmung mit 61 Prozent deutlich geringer ausfällt. Auch bei den Hauptschulabsolventen ist die Zustimmung mit 85 Prozent sehr groß, Abiturienten sehen dies nur zu 61 Prozent so.

Eine Abhängigkeit der Bildungschancen vom Einkommen der Eltern stößt insgesamt deutlich auf Ablehnung. 89 Prozent der Befragten finden es nicht gerecht, dass Menschen mit höherem Einkommen ihren Kindern eine bessere Ausbildung zukommen lassen können als Menschen mit niedrigerem Einkommen (vgl. Abbildung 15).

Hier ist eine Liste mit verschiedenen Auffassungen darüber, wie es in der Bundesrepublik mit den sozialen Unterschieden tatsächlich aussieht und wie es sein sollte. Bitte gehen Sie die Aussagen der Reihe nach durch und sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Auffassung voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.



Abbildung 15 – Soziale Unterschiede

2.2.3 Bewertung der sozialen Mobilität

Im Vergleich zum Vorjahr wird die soziale Durchlässigkeit – also die Chancen auf einen sozialen Aufstieg in Deutschland – wieder etwas besser bewertet. 54 Prozent der Befragten meinen, die Chancen von einer niedrigeren Bevölkerungsschicht in eine höhere Bevölkerungsschicht aufzusteigen, seien sehr gut oder eher gut. 2017 waren nur 47 Prozent dieser Meinung. 2016 waren es 52 Prozent.

Es fällt auf, dass Personen mittleren Alters – zwischen 45 und 59 Jahren – die soziale Durchlässigkeit in Deutschland unterdurchschnittlich häufig positiv bewerten (43 Prozent) und vor allem jüngere Befragte – zwischen 18 und 29 Jahren - überdurchschnittlich häufig positiv (69 Prozent).

Darüber hinaus fällt auf, dass Personen, die ihre eigene Zukunft eher pessimistisch sehen (37 Prozent), Personen, die der Meinung sind, in Deutschland gehe es ungerecht zu (33 Prozent) und besonders Personen, die sich selbst der Unterschicht zuordnen (20 Prozent) die Aufstiegschancen deutlich seltener positiv bewerten als die Gesamtheit aller Befragten.

Mit Blick auf die Bezirke Chemnitz, Dresden und Leipzig stehen deutliche Meinungsunterschiede ins Auge. In Chemnitz bewertet weniger als die Hälfte der Befragten die soziale Durchlässigkeit positiv. In Dresden ist es etwas mehr als die Hälfte und im Bezirk Leipzig sind zwei Drittel der Befragten dieser Meinung (vgl. Abbildung 16).

Wie sind Ihrer Meinung nach heutzutage die Chancen in Deutschland sozial aufzusteigen – also von einer niedrigeren Bevölkerungsschicht in eine höhere Bevölkerungsschicht aufzusteigen? Würden Sie sagen...?

Sehr / Eher gut

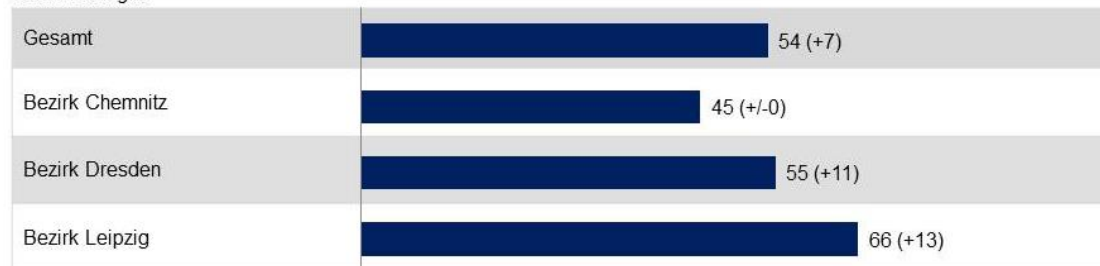


Abbildung 16 – Bewertung der allgemeinen sozialen Aufstiegschancen (nach Region)

Die Einschätzung der persönlichen Aufstiegschancen haben sich gegenüber 2017 nur leicht verändert (43 Prozent, +3 Prozentpunkte). Jüngere Befragte zwischen 18 und 29 Jahren bewerten ihre eigenen Chancen, sozial aufzusteigen, besonders positiv (74 Prozent).

Die Erwerbssituation der Befragten wirkt sich auf die Einschätzung der persönlichen Aufstiegschancen aus. Vollzeitberufstätige (59 Prozent) schätzen ihre Aufstiegschancen deutlich häufiger positiv ein als in Teilzeit Tätige (44 Prozent) und Arbeitslose (30 Prozent).

Mit Blick auf das formale Bildungsniveau gilt: Je höher das formale Bildungsniveau der Befragten, desto besser schätzen die Befragten ihre eigenen Aufstiegschancen ein (vgl. Abbildung 17).

Und wie ist das mit Ihnen persönlich? Wie schätzen Sie Ihre persönlichen Chancen ein, sozial aufzusteigen? Würden Sie sagen...?

Sehr / Eher gut

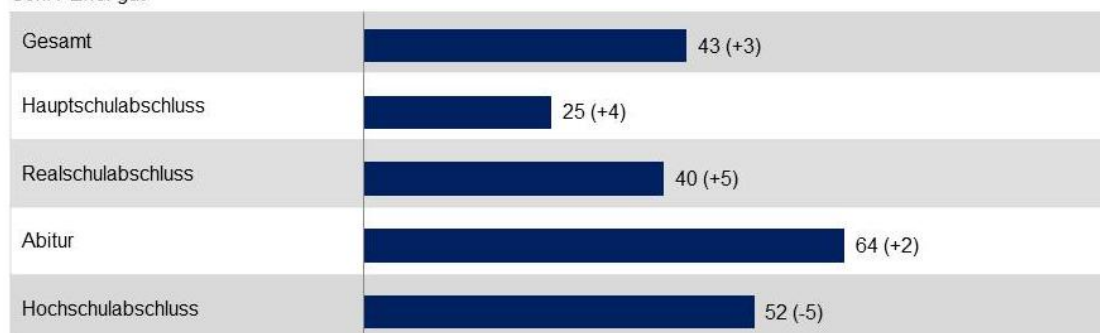


Abbildung 17 – Bewertung der persönlichen sozialen Aufstiegschancen (nach formalem Bildungsniveau)

Die Angst vor einem sozialen Abstieg ist im Freistaat nach wie vor nur gering ausgeprägt. Jeder Fünfte (2018: 23 Prozent; 2017: 22 Prozent; 2016: 20 Prozent) schätzt diese Gefahr sehr hoch bzw. eher hoch ein. Dabei zeigt die Befragung: Je höher die soziale Selbsteinschätzung ausfällt, desto geringer ist die Sorge um einen sozialen Abstieg. Während Befragte, die sich selbst der Unterschicht zuordnen, zu 59 Prozent meinen, die Gefahr eines persönlichen sozialen Abstieges seien hoch, sind es von denjenigen, die sich der mittleren Mittelschicht zuordnen, nur 15 Prozent.

Sieben von zehn Befragten mit Kindern unter 18 Jahren schätzen die sozialen Aufstiegschancen ihrer Kinder als sehr gut bzw. gut ein. 2017 waren 64 Prozent der Eltern dieser Meinung. Die Gefahr, dass ihre Kinder einmal sozial absteigen könnten, schätzen 2018 weniger Eltern als hoch ein (22 Prozent) als noch 2017 (27 Prozent).

2.3 Stabilität und Akzeptanz der Demokratie in Sachsen

2.3.1 Bewertung der Demokratie

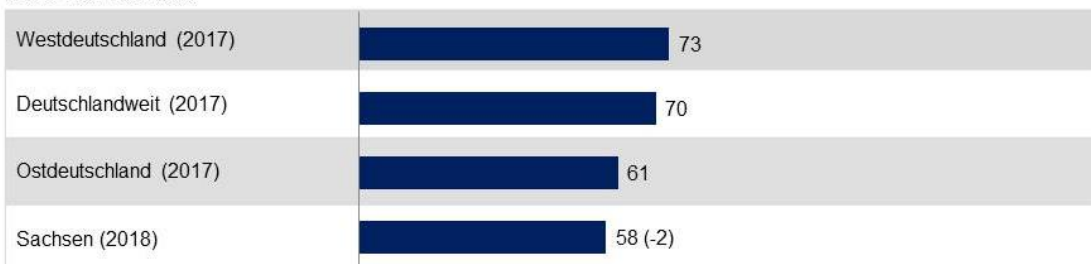
Die Stabilität eines demokratischen Regierungssystems ist nicht allein von seinem inneren Gefüge, insbesondere seiner Verfassung abhängig, sondern auch von der politischen Kultur im Land – also u.a. davon, wie die Bürgerinnen und Bürger die Demokratie als Staats- und Regierungsform bewerten. Aus diesem Grund lohnt es sich, die demokratischen Überzeugungen der Bevölkerung regelmäßig zu messen. Ein mittlerweile etabliertes Messinstrument dafür ist die Bewertung der Demokratie als Staats- und Regierungsform im Allgemeinen sowie die Bewertung, wie die Demokratie im eigenen Land in der Praxis funktioniert.

Im diesjährigen **Sachsen-Monitor** fand dieses Instrument zur Messung der Stabilität der Demokratie erneut Anwendung. Die grundsätzliche Bewertung der Demokratie als Regierungsform fiel dabei geringfügig schlechter aus als 2017 (-3 Prozentpunkte), aber immer noch deutlich besser aus als 2016 (+6 Prozentpunkte). 89 Prozent der Sachsen halten die Demokratie für eine gute Regierungsform. Damit, wie die Demokratie in Deutschland in der Praxis funktioniert, sind 2018 nahezu genauso viele Sachsen (-2 Prozentpunkte) zufrieden wie 2017, jedoch deutlich mehr als 2016 (+7 Prozentpunkte). 58 Prozent sind mit Blick auf das praktische Funktionieren der Demokratie in Deutschland sehr zufrieden oder eher zufrieden (vgl. Abbildung 18). Damit, wie die Demokratie in Sachsen in der Praxis funktioniert, sind 62 Prozent sehr zufrieden oder eher zufrieden.

Nach einer bundesweiten repräsentativen Befragung sind 70 Prozent der Deutschen – 73 Prozent in Westdeutschland und 61 Prozent in Ostdeutschland – mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert, sehr zufrieden oder zufrieden.⁴

Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland in der Praxis funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?

Sehr / Eher zufrieden



⁴ Infratest dimap (2017) im Auftrag der ARD: Vorwählerhebung 2017.

Abbildung 18 – Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

Auffällig sind regionale Unterschiede innerhalb von Sachsen: In den Bezirken Dresden und Leipzig ist die grundsätzlich positive Bewertung der Demokratie mit jeweils 91 Prozent stärker ausgeprägt als im Bezirk Chemnitz mit 85 Prozent. Bei der Zufriedenheit mit dem praktischen Funktionieren der Demokratie in Deutschland liegt der Bezirk Leipzig mit 71 Prozent deutlich vor den Bezirken Chemnitz (55 Prozent) und Dresden (52 Prozent.) Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Zufriedenheit mit dem praktischen Funktionieren der Demokratie in Sachsen: 72 Prozent positiven Antworten im Bezirk Leipzig stehen 62 Prozent im Bezirk Chemnitz und nur 54 Prozent im Bezirk Dresden gegenüber.

Von den Befragten, die ihre persönliche Zukunft pessimistisch sehen, sind 36 Prozent damit zufrieden, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Von den Befragten, die ihre persönliche Zukunft optimistisch sehen, sind 66 Prozent damit zufrieden; das entspricht fast genau den 2017 ermittelten Werten. Von den Befragten, die meinen, in Deutschland gehe es ungerecht zu, sind 34 Prozent damit zufrieden, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Von denjenigen, die meinen, in Deutschland gehe es gerecht zu, sind 84 Prozent damit zufrieden; auch hier gibt es keine signifikanten Abweichungen von den Befunden 2017.

2.3.2 Wichtige und erfüllte Erwartungen an die Demokratie

Um die Frage zu beantworten, warum manche Menschen mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufriedener sind als andere, wurden zunächst die Erwartungen der Sachsen an die Demokratie erfragt, um anschließend zu überprüfen, ob die einzelnen Aspekte in den Augen der Sachsen in Deutschland umgesetzt werden.

Sämtliche vorgeschlagenen Aspekte sind nach Auffassung der Befragten wichtig für eine Demokratie. Allerdings werden nicht alle nach Meinung der Befragten in Deutschland genügend umgesetzt. Immerhin 87 Prozent der Befragten (unverändert gegenüber 2017) sehen das Kriterium „freie und faire Wahlen“ voll bzw. eher umgesetzt. Auch die Kriterien „eine Opposition, die frei ist, die Regierung zu kritisieren“ (76 Prozent, praktisch unverändert gegenüber 2017) und „die Rechte der Minderheiten werden geschützt“ (67 Prozent, +5 Prozentpunkte gegenüber 2017) werden in den Augen einer Mehrheit der Befragten in Deutschland umgesetzt. Doch sieht nur knapp jeder Zweite (45 Prozent) das Kriterium „Gerichte, die jeden gleich behandeln“ als erfüllt an. Das Schlusslicht bildet das Kriterium „Regierungen bauen soziale Ungleichheit ab“, das unverändert 94 Prozent der Befragten für sehr wichtig oder eher wichtig für eine Demokratie erachten, aber nur 21 Prozent als umgesetzt ansehen (vgl. Abbildung 19).

Ich lese Ihnen nun einige Aspekte vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Ihrer Meinung nach für eine Demokratie sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig sind. Und nun sagen Sie mir bitte, ob die genannten Aspekte in Deutschland voll umgesetzt, eher umgesetzt, eher nicht umgesetzt oder gar nicht umgesetzt sind.



Abbildung 19 – Wichtige und erfüllte Erwartungen an die Demokratie

Um eine Typisierung der Befragten vornehmen zu können, wurden die Antworten zusätzlich wie folgt ausgewertet: Jeder bekam pro Antwort Punkte: 3 („Voll umgesetzt“), 2 („Eher umgesetzt“), 1 („Eher nicht umgesetzt“) und 0 Punkte („Gar nicht umgesetzt“). 25 Prozent der Sachsen bekommen bei dieser Auswertung 8 Punkte und weniger – haben also *maximal* 1 Punkt pro Aussage erhalten. 32 Prozent der Sachsen bekommen hierbei zwischen 9 und 12 Punkten – haben also im Durchschnitt *maximal* 1,5 Punkte erhalten. 43 Prozent der Befragten erzielen mehr als 12 Punkte - haben demnach im Durchschnitt *mindestens* 1,5 Punkte pro Aussage erhalten. Auf diese Weise können drei Typen von Demokratiezufriedenheit gebildet werden (vgl. Abbildung 20):

Typ	Grad der Demokratiezufriedenheit	Anteil an der Gesamtbevölkerung	Anzahl Punkte
Typ I	Niedrig	25 (+3)	0 bis 8 Punkte
Typ II	Mittel	32 (-1)	9 bis 12 Punkte
Typ III	Hoch	43 (-1)	13 Punkte und mehr

Abbildung 20 – Typisierung Demokratiezufriedenheit

Es zeigt sich, dass der auf diese Art bestimmte Grad der Demokratiezufriedenheit auch mit der Beantwortung der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland übereinstimmt. Befragte, die einen hohen Grad an Demokratiezufriedenheit (13 Punkte und mehr) aufweisen – also die meisten der oben genannten Kriterien in Deutschland als erfüllt betrachten – sind zu 79 Prozent mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland in der Praxis funktioniert, zufrieden. Von denjenigen, die einen niedrigen Grad an Demokratiezufriedenheit (0 bis 8 Punkte) aufweisen, sind 35 Prozent mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden. Demnach ist dieser Ansatz geeignet, die Frage, warum manche

Menschen mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufriedener sind als andere, zu beantworten.

2.3.3 Vertrauen in die Institutionen der Demokratie

Ein weiterer entscheidender Indikator für die Stabilität und die Akzeptanz des demokratischen Regierungssystems ist das Vertrauen, dass die Bürgerinnen und Bürger den Institutionen der Demokratie und des Rechtsstaates entgegenbringen. Die diesjährigen Ergebnisse des **Sachsen-Monitors** legen – ebenso wie die des letzten Jahres – nahe, dass die gemessene Skepsis gegenüber der Funktionsweise der Demokratie und das geringe Vertrauen in eben diese Institutionen – vor allem den Parlamenten, Regierungen und Parteien – in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Wie bereits im **Sachsen-Monitor** 2016 und 2017 bestätigt sich in der diesjährigen Erhebung folgende Erkenntnis: Je weiter entfernt Parlamente und Regierungen vom lokalen Umfeld sind, desto geringer ist das Vertrauen der Sachsen in sie. Gegenüber 2017 sind zum Teil erhebliche Vertrauensverluste zu verzeichnen; nur die Polizei und die Partei, der die Befragten jeweils nahestehen, bleiben davon verschont (vgl. Abbildung 21). Im Schnitt fällt das Vertrauen Institutionen im Vergleich zu 2017 um 5 Prozentpunkte und erreicht damit wieder das Niveau von 2016.

Am wenigsten vertrauen die Bürgerinnen und Bürger dem Europäischen Parlament (20 Prozent) und der Europäischen Kommission (21 Prozent). Der Bundesregierung schenken 34 Prozent der Sachsen Vertrauen, dem Bundestag 35 Prozent. Dem Landtag (44 Prozent) und der Landesregierung (46 Prozent) vertraut jeweils weniger als die Hälfte der Sachsen. Dagegen bringt eine Mehrheit der Sachsen den Bürgermeistern (56 Prozent) und den kommunalen Parlamenten (55 Prozent) Vertrauen entgegen. Noch deutlich höher im Ansehen steht die Polizei (73 Prozent). Besonders schlecht schneiden die Parteien ab. Ihnen vertrauen nur 12 Prozent der Sachsen. Allerdings vertrauen unverändert 75 Prozent derjenigen, die langfristig einer bestimmten Partei nahestehen, dieser Partei.

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Wie ist das mit...

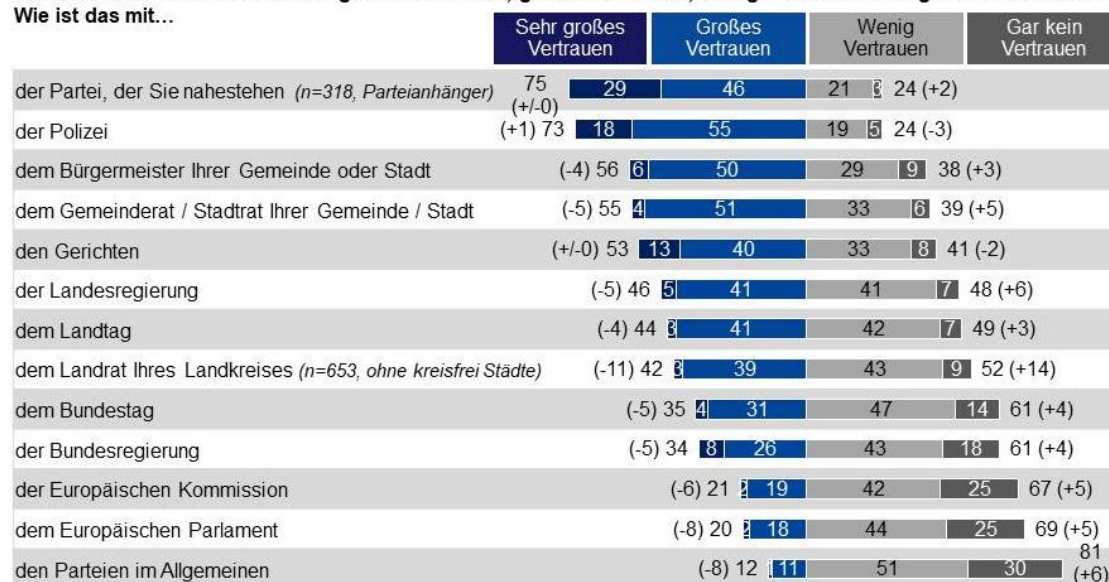


Abbildung 21 – Vertrauen in Institutionen

2.3.4 Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland

Neben einer Bewertung der Funktionsweise der Demokratie und des Vertrauens in die demokratischen Institutionen ist auch die Einschätzung, inwieweit es in Deutschland gerecht oder ungerecht zugeht, ein relevanter Indikator für die Stabilität und Akzeptanz des politischen Systems. Hier hat sich gegenüber der Vorjahresbefragung nicht verändert. 46 Prozent der Sachsen sind der Auffassung, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht zugeht und 49 Prozent meinen, es gehe eher ungerecht zu.

Zum bundesweiten Vergleich: 58 Prozent aller Deutschen – 61 Prozent der Westdeutschen und 49 Prozent der Ostdeutschen – sind der Meinung, es gehe in Deutschland alles in allem eher gerecht und 38 Prozent – 36 Prozent der Westdeutschen und 46 Prozent der Ostdeutschen – der Meinung, es gehe eher ungerecht zu.⁵

Die Ergebnisse des diesjährigen Sachsen-Monitors zeigen, dass die Beurteilung der Gerechtigkeit in Deutschland stark vom Bildungshintergrund der Befragten abhängt. Es gilt: Je höher das formale Bildungsniveau, desto eher gehen die Befragten von gerechten Verhältnissen in der Bundesrepublik aus (vgl. Abbildung 22). Darüber hinaus fällt auf, dass jüngere Befragte häufiger als ältere Befragte meinen, in Deutschland gehe es alles in allem gerecht zu: 18- bis 29-Jährige: 60 Prozent; 70-Jährige und älter: 45 Prozent).

Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder ungerecht zugeht?

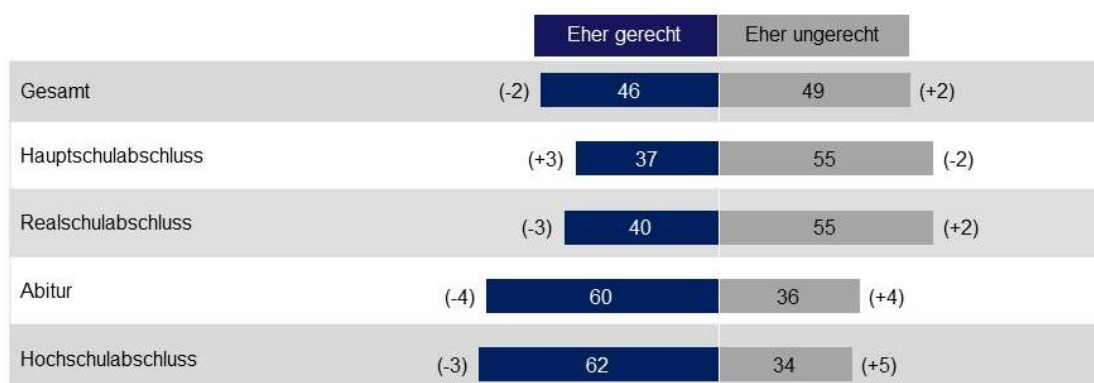


Abbildung 22 – Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland (nach formalem Bildungsniveau)

In Ergänzung der allgemeinen Bewertung der Gerechtigkeit in Deutschland wurden die Befragten im Rahmen des Sachsen-Monitors 2018 erneut nach ihrem individuellen Gerechtigkeitsempfinden gefragt – also danach, ob sie im Vergleich zu anderen einen als gerecht empfundenen Anteil erhalten oder nicht. 43 Prozent der Befragten geben an, dass sie im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, ihren gerechten Anteil erhalten. Acht Prozent geben an, sie würden mehr als ihren gerechten Anteil erhalten. 45 Prozent (+3 Prozentpunkte) sind der Meinung, sie bekämen etwas weniger (37 Prozent) oder sehr viel weniger (8 Prozent) (vgl. Abbildung 23).

⁵ Infratest dimap (2017) im Auftrag der ARD: DeutschlandTREND Vorwählerhebung 2017.

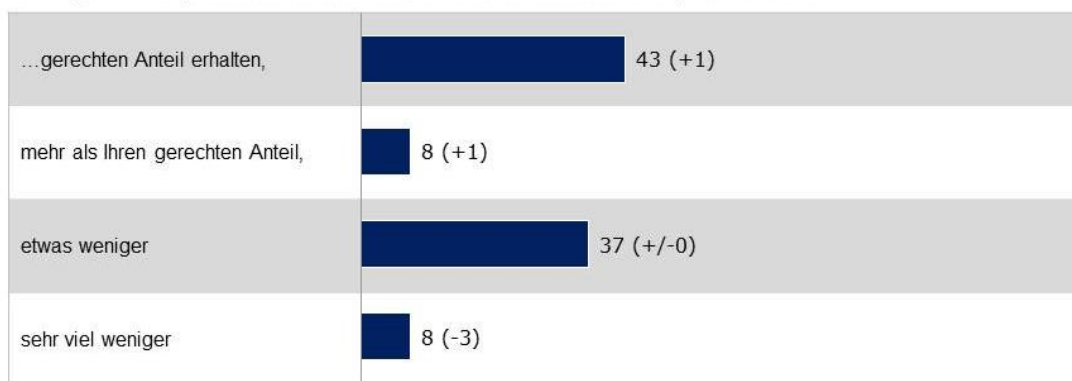
Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren...


Abbildung 23 – „Gerechter Anteil“

Mit Blick auf Sachsen fällt auf, dass Befragte mit einem Hauptschulabschluss (50 Prozent) oder Real­schulabschluss (51 Prozent) häufiger der Meinung sind, sie bekämen weniger als ihren gerechten Anteil als Befragte mit Abitur (32 Prozent) oder Hochschulabschluss (21 Prozent). Es fällt weiterhin auf, dass vor allem Befragte der Altersgruppen 45 bis 59 Jahre (56 Prozent) und 60 bis 69 Jahre (58 Prozent) meinen, weniger als ihren gerechten Anteil zu kommen. Befragte, die sich selbst der Unter­schicht (88 Prozent) oder der unteren Mittelschicht (54 Prozent) zuordnen, sind besonders häufig der Meinung, sie bekämen im Vergleich zu anderen weniger als ihren gerechten Anteil.

Weiterhin fällt auf, dass Bewohner des Bezirks Chemnitz häufiger der Meinung sind, sie bekämen weniger als ihren gerechten Anteil, als Bewohner der Bezirke Dresden und Leipzig (vgl. Abbildung 24). Befragte, die in Orten mit weniger als 20.000 Einwohnern (56 Prozent) bzw. in Städten mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern (54 Prozent) wohnen, meinen häufiger, sie bekämen im Vergleich zu anderen weniger als ihren gerechten Anteil, als Bewohner von Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern (25 Prozent).

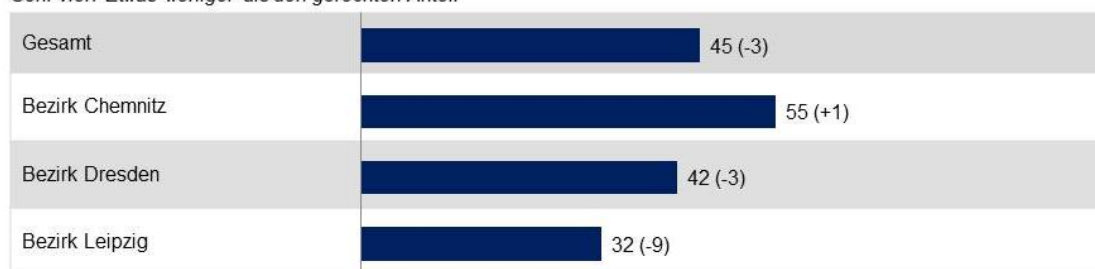
Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren...
Sehr viel / Etwas weniger als den gerechten Anteil


Abbildung 24 – „Gerechter Anteil“ (nach Region)

Überdurchschnittlich häufig sind Befragte der Meinung, sie bekämen im Vergleich zu anderen Menschen in Deutschland weniger als ihren gerechten Anteil, die ihre eigene Zukunft eher pessimistisch sehen (65 Prozent), die Meinung vertreten, in Deutschland gehe es alles in allem eher ungerecht zu (70 Prozent), die zu einem mittleren und hohen Anteil Ressentiments gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen aufweisen (57 bzw. 53 Prozent) und die einen niedrigen Grad der Demokratiezufriedenheit aufweisen (77 Prozent).

Schließlich fällt auf, dass Befragte mit einem gering ausgeprägten sozialen Vertrauen (56 Prozent) – die also der Meinung sind, man könne im Umgang mit Menschen nicht vorsichtig genug sein – häufiger meinen, sie bekämen weniger als ihren gerechten Anteil als Befragte mit einem ausgeprägten

sozialen Vertrauen (32 Prozent) – die also der Meinung sind, den meisten Menschen könne man vertrauen.

Diejenigen, die meinen, im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, etwas weniger oder sehr viel weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten, begründen das zu 40 Prozent damit, dass die Löhne in den neuen Bundesländern immer noch geringer als in den alten Bundesländern seien. 27 Prozent von ihnen führen die Rentenlücke zwischen Ost und West als Grund an. Zudem nannten 14 Prozent den Themenbereich „soziale Gerechtigkeit“ und 12 Prozent die ausgebliebene Würdigung der jahrelangen, harten Arbeit der Menschen in Ostdeutschland. Weitere genannte Gründe lagen jeweils im einstelligen Prozentbereich. Die Frage nach den Gründen für das Gefühl, im Vergleich zu anderen in Deutschland keinen gerechten Anteil zu erhalten, wurde offen, d.h. ohne Antwortvorgaben, gestellt. Die Antworten der Befragten wurden zu Themengruppen zusammengefasst.

2.4 Politisches Interesse und Partizipation

Bei der Landtagswahl 2014 betrug die Wahlbeteiligung 49,1 Prozent. An der Bundestagswahl 2017 beteiligten sich hingegen 75,4 Prozent der Wahlberechtigten. Die starken Schwankungen bei der Teilnahme an Wahlen in Sachsen geben Anlass, im Rahmen des **Sachsen-Monitors** das politische Interesse, die Selbsteinschätzung der politischen Kompetenz sowie die Meinungen zu politischer Partizipation der Sachsen zu erfragen. Gemeinsam mit den Erkenntnissen zu Stabilität und Akzeptanz der Demokratie in Sachsen (Kapitel 2.3) geben die Erkenntnisse dieses Kapitel Einblick in die politische Kultur des Freistaates.

2.4.1 Interesse an Politik

Während die Zahl derjenigen, die sich für Politik interessieren, und die Zahl der Desinteressierten sich 2017 noch ungefähr die Waage hielten, ist das Interesse an Politik im Allgemeinen auf 41 Prozent (-6 Prozentpunkte) zurückgegangen; 59 Prozent geben an, sie seien desinteressiert. Geringfügig höher ist das Interesse an Politik in Sachsen (43 Prozent, -3 Prozentpunkte). Die beiden Werte liegen unterhalb der Wahlbeteiligung der letzten Landtagswahl. Es fällt auf, dass sich Ältere stärker für Politik – sowohl im Allgemeinen als auch in Sachsen – interessieren, bei der jungen Generation ist es nur rund ein Drittel (vgl. Abbildung 25).

Wie stark interessieren Sie sich für **Politik im Allgemeinen**? Würden Sie sagen sehr stark, stark, wenig oder gar nicht?

Wie stark interessieren Sie sich für **Politik im Freistaat Sachsen**? Würden Sie sagen sehr stark, stark, wenig oder gar nicht?

	Politik im Allgemeinen (Sehr stark/stark)	Politik in Sachsen (Sehr stark/stark)
Gesamt	41 (-6)	43 (-3)
18 bis 29 Jahre	37 (-8)	33 (-6)
30 bis 44 Jahre	34 (-8)	35 (-4)
45 bis 59 Jahre	39 (-10)	43 (-8)
60 bis 69 Jahre	48 (-1)	53 (+6)
70 Jahre und älter	50 (-2)	45 (-6)

Abbildung 25 – Interesse an Politik

Zwei Drittel (66 Prozent, +4 Prozentpunkte) der Befragten erklären, sie empfänden keine dauerhafte Neigung zu einer bestimmten Partei. Weniger als ein Drittel (31 Prozent) der Befragten bejaht eine solche Bindung. In dieser Gruppe zeigen sich für die CDU erhebliche, für AfD, Grüne und FDP merkbare Unterschiede gegenüber 2017. Während im Vorjahr 14 Prozent erklärten, sie neigten dauerhaft der CDU zu, hat sich dieser Wert 2018 auf 7 Prozent halbiert. 6 Prozent neigen unverändert der Linken zu, 5 Prozent unverändert der SPD, 7 Prozent der AfD (+1 Prozentpunkt gegenüber 2017, +4 Prozentpunkte gegenüber 2016), 4 Prozent den Grünen (+3 Prozentpunkte) und 2 Prozent der FDP (+1 Prozentpunkt). Die NPD stagniert bei 0 Prozent. Diese Werte betreffen, das ist hervorzuheben, emotionale, langfristige Bindungen an eine Partei, nicht etwa eine Wahlabsicht.

Auffällig sind die regionalen Unterschiede: Im Bezirk Leipzig ist die Neigung zu einer bestimmten Partei mit 47 Prozent (+10 Prozentpunkte) am stärksten, im Bezirk Chemnitz mit 18 Prozent (-14 Prozentpunkte) am schwächsten ausgeprägt; der Abstand zwischen den Extremwerten ist gegenüber 2017 deutlich größer geworden (2016: 19 Prozentpunkte; 2017: 5 Prozentpunkte; 2018: 29 Prozentpunkte). Die Neigung zu einer bestimmten Partei wächst mit zunehmendem Alter der Befragten.

2.4.2 Politische Partizipation

Die niedrige Wahlbeteiligung und das nicht sehr stark ausgeprägte Interesse an Politik in Sachsen (43 Prozent) geben Anstoß, der Frage nachzugehen, wie hoch die Sachsen ihre persönliche politische Kompetenz und ihren persönlichen politischen Einfluss einschätzen. Gut zwei Drittel der Befragten (68 Prozent) trauen sich selbst zu, wichtige politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können; ein genauso hoher Anteil (68 Prozent) glaubt jedoch auch, „Leute wie ich“ hätten „so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“. Noch mehr Befragte (76 Prozent) meinen, die meisten Politiker seien nur an den Stimmen der Wähler, nicht an deren Ansichten interessiert. Der Befund ist eindeutig: Das generelle „Image“ von Politikern ist sehr schlecht, das Vertrauen in Redlichkeit, Volksgewandtheit und Gemeinwohlorientierung der politischen Akteure sehr gering. Mit 82 Prozent am größten ist der Anteil derjenigen Befragten, die nicht glauben, dass die meisten Politiker kümmern, „was einfache Leute denken“. Es überrascht daher nicht, dass dieses ausgeprägte Misstrauen gegenüber den politischen Akteuren das Demokratievertrauen unterminiert: Fast zwei Drittel (63 Prozent) sind der Ansicht, sie lebten nicht in einer „echten“ Demokratie, „weil die Wirtschaft und nicht die Parlamente das Sagen hat“ (vgl. Abbildung 26).

Sagen Sie mir bitte jeweils ob Sie persönlich den folgenden Aussagen voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

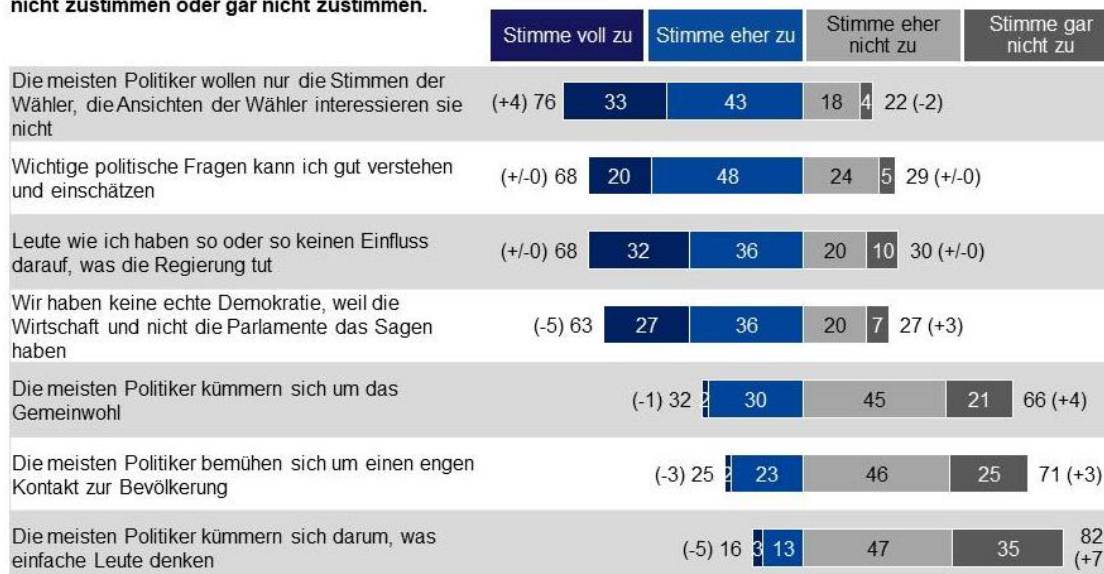


Abbildung 26 – Aussagen über Politik und Politiker

Auf die Frage, wie Bürgerinnen und Bürger in einer für sie wichtigen Angelegenheit politischen Einfluss nehmen können, nennen 69 Prozent der Befragten die Teilnahme an der Wahl zu einem Parlament: 53 Prozent geben an, von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht zu haben, 16 Prozent würden es tun. Hier ist zu beachten, dass die Frage sich explizit auf die politische Einflussnahme in einer konkreten Sache bezieht – nicht auf die Bedeutung allgemeiner Motive für eine Wahlbeteiligung.

Mit 84 Prozent wird die Teilnahme an einer Unterschriftenaktion noch häufiger in Betracht gezogen als eine Wahlbeteiligung – doch ist hier die Zahl derjenigen, die bei einer solchen Aktion tatsächlich schon mitgemacht haben, mit 45 Prozent deutlich geringer als bei Wahlen. Ähnliches lässt sich im Hinblick auf die Teilnahme an einem Volks- oder Bürgerentscheid feststellen: Dieses Instrument steht mit 76 Prozent ebenfalls in hoher Gunst, doch sagen nur 15 Prozent der Befragten, sie hätten schon einmal bei einem solchen Entscheid mitgestimmt.

Die übrigen Instrumente politischer Einflussnahme liegen zum Teil mit großem Abstand hinter den Erstplatzierten zurück: Unterschriftenaktion, Volks- oder Bürgerentscheid und Parlamentswahl. Gemeinsam ist den drei erstplatzierten Instrumenten, dass sie keine eigene Initiative voraussetzen, sondern durch Angebote oder Aufforderungen zum Mitmachen aktiviert werden. Dagegen müssen Bürgerinnen und Bürger selbst den ersten Schritt tun und/oder eigene Zeit und Energie einsetzen, wenn sie zu einer Demonstration gehen, sich an einen Politiker wenden, in einer Bürgerinitiative mitwirken, an Debatten in sozialen Netzwerken teilnehmen, sich in einer Partei engagieren oder sich um ein Amt bzw. Mandat bewerben.

Was Demonstrationen anbetrifft, so fällt eine Veränderung auf: Die Zahl derjenigen, die für sich ausschließen, an einer Demonstration teilzunehmen, hat um sieben Prozentpunkte auf 38 Prozent abgenommen; gleichzeitig hat die Zahl derjenigen, die nach eigener Auskunft von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht haben, um vier Prozentpunkte auf 30 Prozent zugenommen. Bemerkenswert sind auch die regionalen Unterschiede: Im Bezirk Leipzig sagen 54 Prozent der Befragten, sie hätten schon einmal an einer Demonstration teilgenommen; im Bezirk Dresden sind es 24 Prozent und im

Bezirk Chemnitz 17 Prozent. Konfliktive Mittel der Einflussnahme wie die Blockade von Demonstrationen oder die Option, notfalls auch Gewalt anzuwenden, werden von 82 Prozent bzw. 90 Prozent der Befragten nach wie vor abgelehnt (vgl. Abbildung 27).

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?

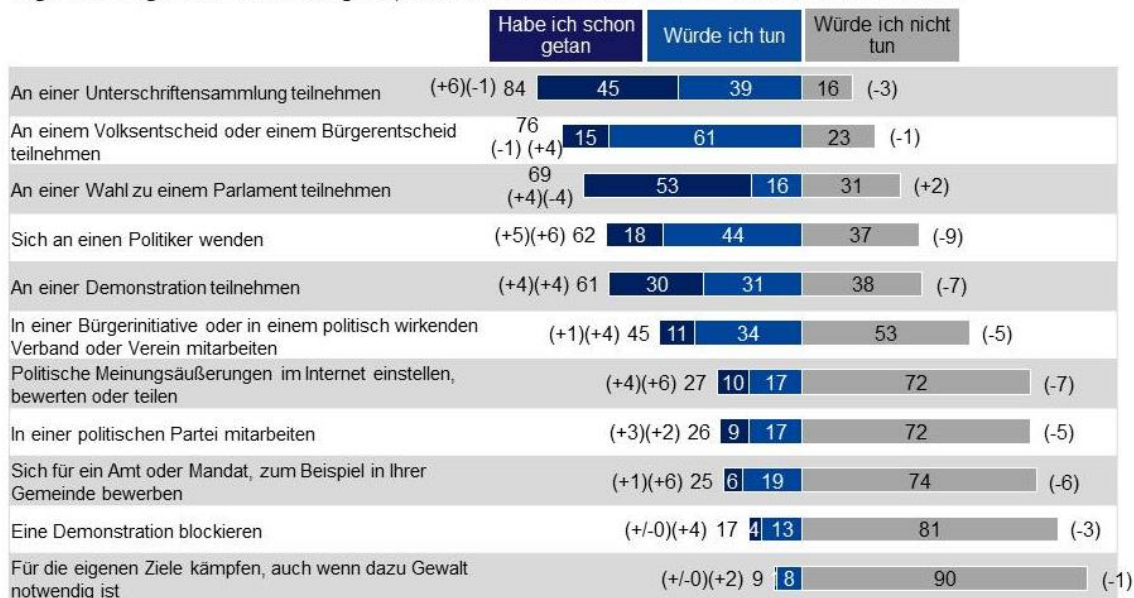


Abbildung 27 – Möglichkeiten politischen Einflusses

Schlüsselt man die Antworten auf die Frage nach der Partizipationsbereitschaft im politischen Raum nach soziodemographischen Merkmalen auf, lässt sich generell feststellen, dass nach wie vor die Bereitschaft zum politischen Engagement mit dem Niveau des Bildungsabschlusses, des Einkommens und der eigenen Schichtzuordnung steigt. Bei Befragten, die nicht berufstätig oder vorübergehend arbeitslos sind; die allein erziehen; die glauben, es gehe in Deutschland eher ungerecht zu; und/oder die eher pessimistisch eingestellt sind, ist die Neigung zu politischer Abstinenz und Passivität stärker ausgeprägt als bei den Vergleichsgruppen. Das Gefühl der Exklusion, so könnte man daraus schließen, ist bei vielen kein Ansporn zur aktiven Veränderung des eigenen Status quo, sondern eher ein Grund zur Resignation.

Regional fällt erneut auf, dass bei Befragten im Bezirk Leipzig die Abwendung von eigener politischer Initiative und eigenem politischen Engagement schwächer ausgeprägt ist als in den Bezirken Chemnitz und Dresden. So wird eigene Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder einem politisch wirkenden Verband oder Verein nur von 38 Prozent (-11 Prozentpunkte) der Leipziger Befragten ausgeschlossen, in Dresden dagegen von 50 Prozent (-9 Prozentpunkte), in Chemnitz von 68 Prozent (+5 Prozentpunkt). 30 Prozent (-12 Prozentpunkte) der Leipziger Befragten würden sich nicht an einen Politiker wenden, während in Dresden bzw. Chemnitz 36 Prozent (-12 Prozentpunkte) bzw. 44 Prozent (-3 Prozentpunkte) dies ausschließen.

2.4.3 Gründe für politische Nichtbeteiligung

60 Prozent (-6 Prozentpunkte) der Befragten erklären, sie hätten schon einmal von der Möglichkeit zur Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben Gebrauch gemacht (24 Prozent, unverändert) oder würden das tun (36 Prozent, -6 Prozentpunkte). Dieser Wert liegt unter den Werten für die Teilnahme an einer Wahl (69 Prozent, unverändert) bzw. an einer Demonstration (61 Prozent, +8 Prozentpunkte).

Die Aufschlüsselung nach soziodemographischen Merkmalen ergibt im Wesentlichen das gleiche Bild von der Neigung einzelner Bevölkerungsgruppen zu größerer oder geringerer Aktivität wie bei den oben angesprochenen Formen des Bürgerengagements.

Befragte, die auf eine Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben verzichten würden, geben am häufigsten an, ihre Stimme hätte „doch ohnehin nichts zu sagen“ (59 Prozent). Mit 39 Prozent spielt das Argument, man habe zu wenig Zeit für ein politisches Engagement, eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Bemerkenswert ist, dass die Begründung „Ich habe kein Interesse an Politik“ von 52 Prozent (-5 Prozentpunkte gegenüber 2017, +14 Prozentpunkte gegenüber 2016) genannt wird; 44 Prozent (+3 Prozentpunkte, -14 Prozent gegenüber 2016) verneinen ein politisches Desinteresse (vgl. Abbildung 28).

Und warum würden Sie sich nicht beteiligen? Sagen Sie mir bitte jeweils, welche der folgenden Gründe auf sie zutreffen und welche nicht.

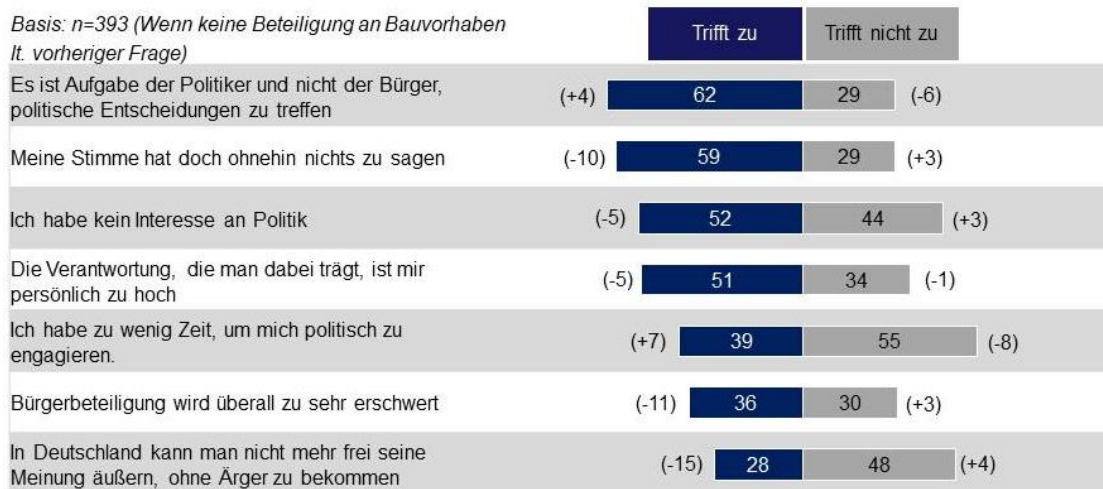


Abbildung 28 – Gründe für Nichtbeteiligung I

43 Prozent der Befragten erklären, sie hätten schon einmal an einer Diskussion über ein Gesetzesvorhaben der Regierung im Internet teilgenommen (8 Prozent, +3 Prozentpunkte) oder würden das tun (35 Prozent). Es sind vor allem Personen unter 60 Jahren, die sich vorstellen können, online über Gesetzesinitiativen zu diskutieren: 46 Prozent (+9 Prozentpunkte) der 45- bis 59-Jährigen, 53 Prozent (+17 Prozentpunkte) der 30- bis 44-Jährigen und 56 Prozent (+1 Prozentpunkt) der 18- bis 29-Jährigen.

Befragte, die sich an einer solchen Diskussion nicht beteiligen würden, geben am häufigsten an, es sei Aufgabe der Politiker und nicht der Bürger, politische Entscheidungen zu treffen (66 Prozent). 55 Prozent von ihnen erklären, sie könnten es nicht ertragen, in sozialen Netzwerken und in der Öffentlichkeit angefeindet zu werden, und 51 Prozent sagen, die Verantwortung sei ihnen zu hoch (vgl. Abbildung 29).

Und warum würden Sie sich nicht beteiligen? Sagen Sie mir bitte jeweils, welche der folgenden Gründe auf sie zutreffen und welche nicht.

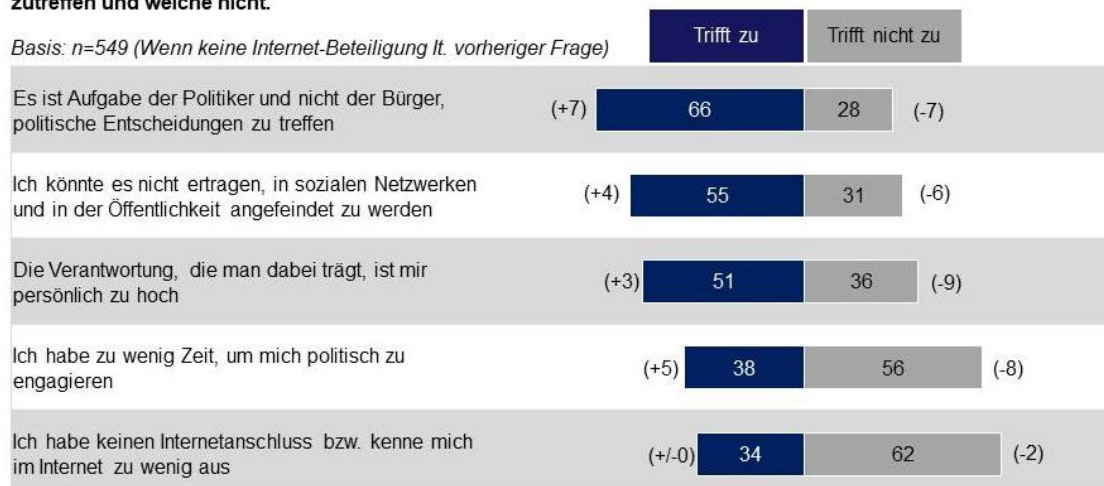


Abbildung 29 – Gründe für Nichtbeteiligung II

2.4.4 Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie

Der Wunsch nach mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen fällt deutlich höher aus als die tatsächliche Bereitschaft zur Beteiligung. Während 24 Prozent (unverändert) der Befragten erklären, sie hätten schon einmal von der Möglichkeit zur Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben Gebrauch gemacht und 8 Prozent (+3 Prozentpunkte) sagen, sie hätten schon einmal an einer Diskussion über ein Gesetzesvorhaben der Regierung im Internet teilgenommen, wünschen sich 78 Prozent (+5 Prozentpunkte) der Sachsen mehr Beteiligung vor Ort in ihrer Stadt oder Gemeinde. 60 Prozent (-5 Prozentpunkte) der Sachsen wünschen sich mehr Beteiligung auf Landesebene (vgl. Abbildung 30).

Auf welcher politischen Ebene wünschen Sie sich ganz persönlich mehr Bürgerbeteiligung und auf welcher Ebene wünschen Sie sich das nicht?

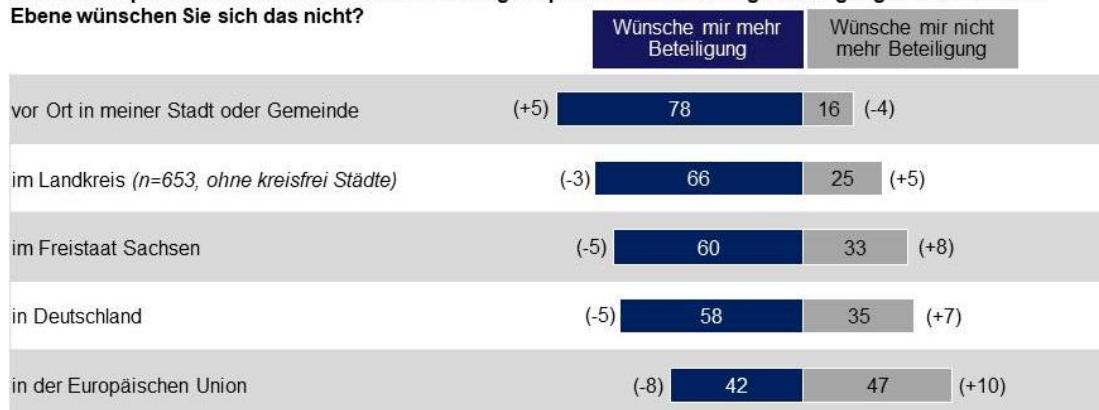


Abbildung 30 – Wunsch nach Bürgerbeteiligung

Zu den Forderungen nach mehr direkter Demokratie haben die Befragten eine geteilte Meinung. Einerseits sagen viele, nur direkte Demokratie sei wahre Demokratie (57 Prozent) und 81 Prozent glauben, mehr Einflussnahme der Bürger durch Volksabstimmungen würde das Interesse vieler Menschen an Politik erhöhen. Zudem sagen 75 Prozent, Politiker würden sich dann stärker an dem Volkswillen ausrichten. Andererseits glauben 56 Prozent der Befragten, direkte Demokratie könne durch Demagogen missbraucht werden und 38 Prozent vertreten die Meinung, wenn häufig Volksabstimmungen stattfänden, würde das zu Unregierbarkeit führen (vgl. Abbildung 31).

Es gibt Forderungen nach mehr direkter Demokratie. Das heißt, dass die Bürger über einzelne politische Fragen direkt abstimmen können. Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zur Direkten Demokratie vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen, oder gar nicht zustimmen.

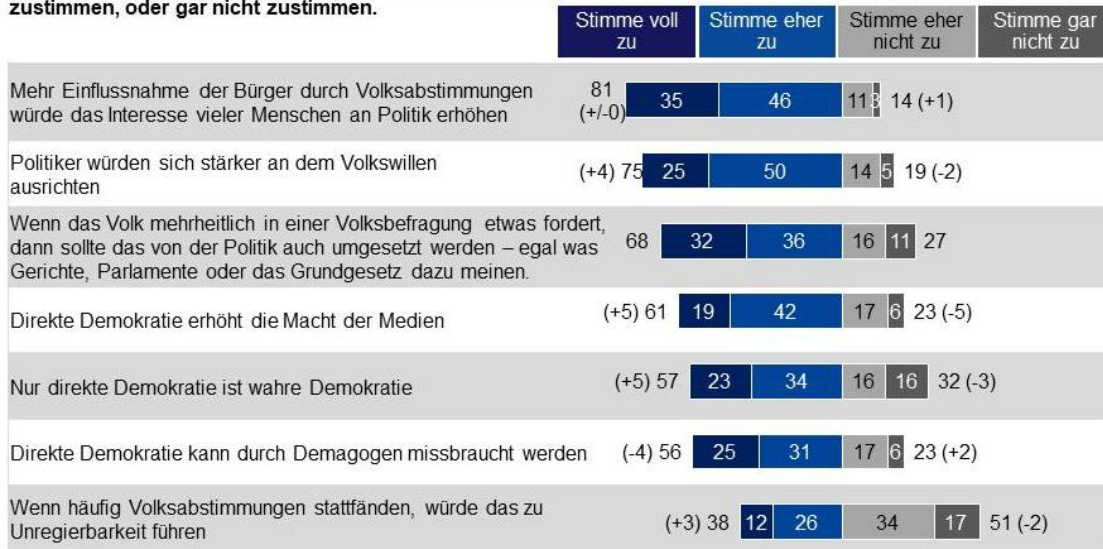


Abbildung 31 – Aussagen zu direkter Demokratie

2.5 Ressentiments und demokratiegefährdende Einstellungen

2.5.1 Gruppenbezogene Ressentiments in Sachsen

Einen Forschungsschwerpunkt des **Sachsen-Monitors** bildet die Messung von Ressentiments im Freistaat Sachsen. In Anlehnung an das etablierte Forschungskonzept der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ wurde ein Fragekatalog (weiter-)entwickelt, mit dessen Hilfe Ressentiments gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen gemessen wurden.

Insgesamt wurden zwölf Arten von Ressentiments berücksichtigt. Diesen Elementen wurden jeweils ein bis drei – insgesamt achtzehn – Aussagen zugeordnet. Die Befragten wurden gebeten, den Grad ihrer Zustimmung oder Ablehnung zu der jeweiligen Aussage mit Hilfe einer vierstufigen Antwortskala – stimme voll zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu – anzugeben (vgl. Abbildungen 32 bis 34).

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.



Abbildung 32 – Indikatoren für Ressentiments gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen I

Eine „gefährliche Überfremdung“ der Bundesrepublik durch „zu viele Ausländer“ sehen – genau wie bei der Vorjahresbefragung – 56 Prozent der Befragten. Überdurchschnittlich häufig wird diese Meinung von Arbeitern (79 Prozent), Personen, die sich selbst der Unterschicht zuordnen (78 Prozent), Personen im Bezirk Chemnitz (69 Prozent) sowie Hauptschul- und Realschulabsolventen (je 66 Prozent), vertreten. Hingegen sehen vor allem Befragte, die sich der oberen Mittelschicht angehörig fühlen (21 Prozent), Akademiker (26 Prozent), Bewohner von Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern (31 Prozent), Personen, die sagen, in Deutschland gehe es alles in allem gerecht zu (35 Prozent) und Bewohner des Bezirks Leipzig (38 Prozent) deutlich seltener die Bundesrepublik durch Ausländer in einem gefährlichem Maß überfremdet.

Mehr als jeder Fünfte (21 Prozent) gibt an, sein persönliches Wohnumfeld sei in einem „gefährlichen Maß“ durch „viele Ausländer überfremdet“. Das sind 6 Prozent mehr als 2017. Junge Menschen zwischen 18 und 29 Jahren (30 Prozent), Befragte, die ihre eigene Zukunft pessimistisch sehen (28 Prozent) und Befragte, die eher Ungerechtigkeit in Deutschland wahrnehmen (25 Prozent), sind besonders häufig dieser Meinung. Besonders wirkt sich das formale Bildungsniveau der Befragten auf die Beantwortung dieser Frage aus: Sechs Prozent der Hochschulabsolventen stimmen dem zu, bei den Abiturienten sind es 17 Prozent, bei den Realschülern 23 Prozent und Hauptschulabsolventen sind es 35 Prozent. Es fällt zudem auf, dass Bewohner von Städten mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern (36 Prozent) deutlich häufiger angeben, ihre persönliche Wohnumgebung sei „überfremdet“, als Bewohner von Ortschaften mit weniger als 20.000 Einwohnern (12 Prozent) und Befragte in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern (22 Prozent).

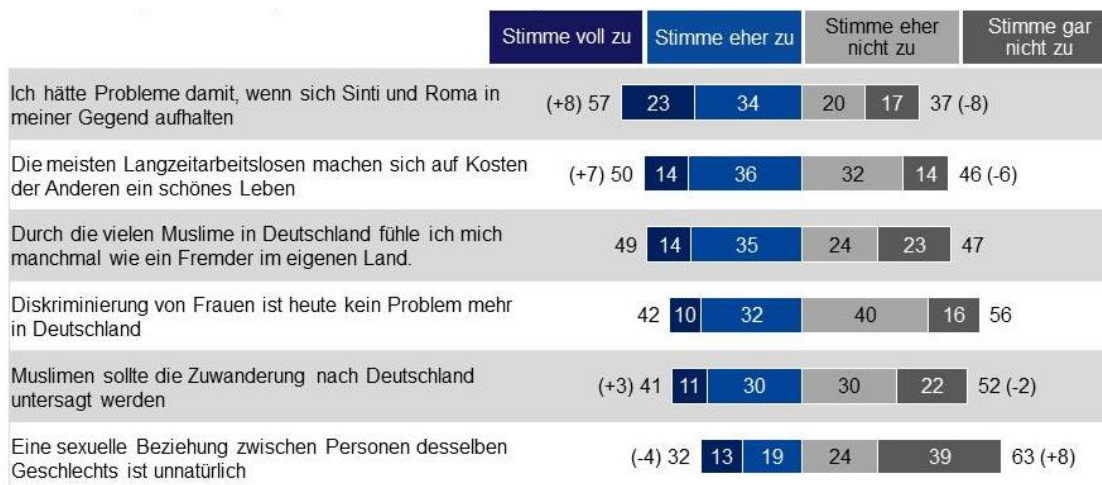


Abbildung 33 – Indikatoren für Ressentiments gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen II

Nahezu jeder zweite Sachse sagt, durch „die vielen Muslime“ in Deutschland fühle er sich manchmal „wie ein Fremder im eigenen Land“. Überdurchschnittlich ist diese Meinung bei formal niedriger Gebildeten – Hauptschul- / Realschulabsolventen: je 56 Prozent – und unterdurchschnittlich bei formal höher Gebildeten – Akademiker: 23 Prozent – ausgeprägt. Nur etwas weniger (41 Prozent) fordern, Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland zu untersagen. Auch hier zeigt sich der oben beschriebene bildungsspezifische Unterschied im Meinungsbild.

Die Auffassung, Alteingesessene sollten mehr Rechte als später Zugezogene haben, vertreten 37 Prozent (+4 Prozentpunkte) der Sachsen. Auch diese Aussage zeigt das bereits skizzierte Muster, dass Befragte, die sich der Unterschicht zugehörig fühlen (57 Prozent), die meinen, in Deutschland gehe es

ungerecht zu (55 Prozent), die ihre eigene Zukunft pessimistisch sehen (52 Prozent) und die ein geringeres soziales Vertrauen haben (47 Prozent), ihr überdurchschnittlich häufig zustimmen.

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher stimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.



Abbildung 34 – Indikatoren für Ressentiments gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen III

Um eine Typisierung der Befragten vornehmen zu können, wurden deren Antworten zusätzlich wie folgt ausgewertet: Die Befragten bekamen pro Antwort Punkte: 3 („Stimme voll zu“), 2 („Stimme eher zu“), 1 („Stimme eher nicht zu“) und 0 Punkte („Stimme gar nicht zu“). 73 Prozent der Sachsen bekommen bei dieser Auswertung 18 Punkte und weniger – haben also *maximal* 1 Punkt („Stimme eher nicht zu“) pro Aussage erhalten. 22 Prozent der Sachsen bekommen hierbei zwischen 19 und 27 Punkte – haben also im Durchschnitt *maximal* 1,5 Punkte erhalten. Fünf Prozent (n=54) der Befragten erzielen 28 Punkte und mehr – haben demnach im Durchschnitt *mindestens* 1,5 Punkte pro Aussage erhalten. Auf diese Weise können drei Ressentiment-Typen gebildet werden (vgl. Abbildung 35).

Typ	Ressentiment-Typen	Anteil an der Gesamtbevölkerung	Anzahl Punkte
Typ I	Niedrig	73	0 bis 18 Punkte
Typ II	Mittel	22	19 bis 27 Punkte
Typ III	Hoch	5	28 Punkte und mehr

Abbildung 35 – Ressentiment-Typen

Auf diese Weise lassen sich verallgemeinerbare Aussagen über die Personengruppe treffen, die den Aussagen zur Messung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit besonders häufig zugestimmt hat – demnach also einen hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufweist.

Es stechen die folgenden Meinungen und Einstellungen hervor: 45 Prozent der Personen mit vielen Ressentiments anderen gegenüber – gegenüber 23 Prozent aller Befragten – sehen ihre eigene Zukunft eher pessimistisch. 71 Prozent von ihnen – gegenüber 52 Prozent aller Befragten – sind der Meinung, die Ostdeutschen seien in Deutschland Bürger zweiter Klasse. 69 Prozent dieser Gruppe – gegenüber 43 Prozent aller Befragten – stimmen der Aussage zu, „In einer Demokratie kommt es auf die Rechte der Mehrheit an. In Deutschland wird zu viel Rücksicht auf die Rechte von Minderheiten genommen.“ 79 Prozent von ihnen – gegenüber 55 Prozent aller Befragten – haben ein geringes so-

ziales Vertrauen, meinen also, im Umgang mit anderen Menschen könne man nicht vorsichtig genug sein. Schließlich ist auch die Gewaltbereitschaft deutlich stärker ausgeprägt: 35 Prozent von ihnen – gegenüber acht Prozent aller Befragten – sagen, sie würden für die eigenen Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig sei. Gleichzeitig ist auch ihre Bereitschaft, in einer Partei mitzuarbeiten größer als beim Durchschnitt aller Befragten (24 bzw. 17 Prozent).

2.5.2 Demokratiegefährdende Einstellungen und Schutz der Demokratie

Ein Ziel des **Sachsen-Monitors** ist es, besondere Gefährdungsmomente der Demokratie innerhalb der sächsischen Bevölkerung aufzudecken. Dazu wurden die Befragten nach ihrer Meinung zu diversen politischen und demokratiethoretischen Aussagen gefragt.

Die Bedeutung und Wichtigkeit einer politischen Opposition innerhalb eines demokratischen Systems ist im Freistaat nahezu unumstritten. Der Aussage, eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar, stimmen 89 Prozent zu. Dabei geht kaum jemand soweit, Gewalt als Mittel zur Durchsetzung einer Oppositionsmeinung zu rechtfertigen. Die Auffassung, jeder Bürger hat das Recht, notfalls seine Überzeugungen mit Gewalt durchzusetzen, teilen sechs Prozent der Sachsen.

Die Ergebnisse des Sachsen-Monitors sind nicht frei von Gegensätzen. Einerseits stehen nahezu alle Sachsen hinter dem Prinzip der Oppositionsfreiheit. Andererseits stimmen 43 Prozent der Befragten folgender Aussage zu: „In einer Demokratie kommt es auf die Rechte der Mehrheit an. In Deutschland wird zu viel Rücksicht auf die Rechte von Minderheiten genommen.“ Befragte, die sich selbst der Unterschicht zuordnen (67 Prozent), die im Bezirk Chemnitz leben (60 Prozent), die meinen, in Deutschland gehe es ungerecht zu (59 Prozent), die ein geringeres soziales Vertrauen haben (56 Prozent) und die einen Hauptschulabschluss haben (55 Prozent), stimmen dieser Aussage überdurchschnittlich häufig zu.

56 Prozent (-12 Prozentpunkte) der Befragten vertreten die Meinung, in „diesen Zeiten“ brauche man unbedingt eine starke Hand. Gut drei Viertel sagen zudem, um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen. Gut jeder Zehnte geht so weit zu sagen, im nationalen Interesse sei unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform (vgl. Abbildung 36).

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

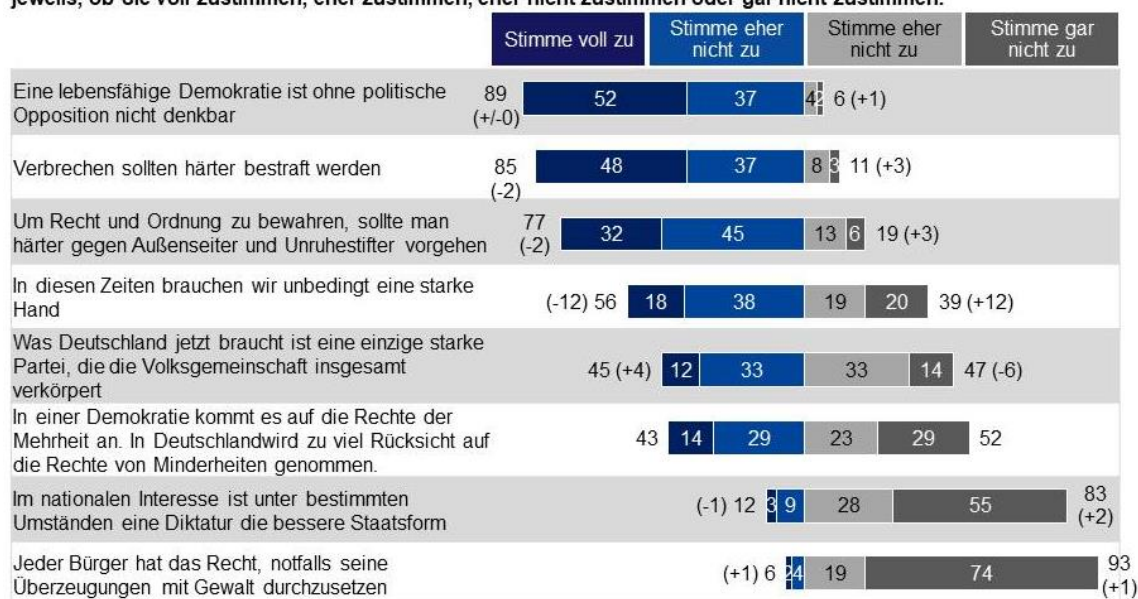


Abbildung 36 – Politische und demokratietheoretische Aussagen

Das Meinungsbild gegenüber der NS- und der SED-Diktatur hat sich gegenüber 2017 kaum verändert. Die Aussage, die Verbrechen des Nationalsozialismus würden in der Geschichtsschreibung übertrieben, findet mit 11 Prozent etwas weniger Zustimmung als 2017 (14 Prozent) und 2016 (18 Prozent). 39 Prozent (+3 Prozentpunkte) der Befragten sehen die DDR als Unrechtsstaat. Dabei fällt unter anderem auf: Im Bezirk Chemnitz bezeichnen 21 Prozent der Befragten die DDR als Unrechtsstaat, im Bezirk Dresden sind es 40 Prozent und im Bezirk Leipzig sind es 62 Prozent. Gleichzeitig sagen sieben Prozent der Menschen im Bezirk Chemnitz, die NS-Verbrechen würden übertrieben, im Bezirk Dresden sind es 15 Prozent und im Bezirk Leipzig sind es 13 Prozent.

Gut jeder vierte Sachse (27 Prozent) ist der Meinung, Deutschland sollte bei der Durchsetzung seiner Interessen keine Rücksicht auf andere Länder nehmen. Unter Akademikern (13 Prozent) ist diese Auffassung weniger verbreitet als unter Befragten mit Hauptschul- bzw. Realschulabschluss (31 bzw. 32 Prozent).

Um die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland zu verteidigen und aktiv zu schützen, steht eine Vielzahl an Möglichkeiten zur Verfügung. Am wichtigsten ist dabei nach Meinung der Sachsen die Beobachtung von verdächtigen Gruppen und Personen durch den Verfassungsschutz (89 Prozent). Es folgen die politische Bildungsarbeit in den Schulen (86 Prozent) und das Engagement von Bürgern in demokratischen Parteien (85 Prozent). Auf dem letzten Platz steht mit großem Abstand das Verbot von Demonstrationen. Diese Maßnahme halten 25 Prozent der Sachsen für sehr wichtig oder wichtig. Die Ergebnisse haben sich im Vergleich zur Vorjahresbefragung leicht verändert. Die Teilnahme an Demonstrationen gegen extremistische Gruppen hielten 2017 62 Prozent für wichtig, 2018 sind es 70 Prozent (vgl. Abbildung 37).

In Deutschland gibt es viele Möglichkeiten aktiv die demokratische Ordnung in Deutschland zu schützen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie die folgenden Möglichkeiten für sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig halten.



Abbildung 37 – Wichtigkeit der Möglichkeiten, die demokratische Ordnung zu schützen (nach Alter)

2.6 Heimat

Für die Sachsen hat ihre Heimat einen sehr hohen Stellenwert. 89 Prozent der Befragten sehen Heimat als wichtig an (vgl. Abbildung 38). Vor allem Frauen haben eine sehr starke Bindung an ihre Heimat (93 Prozent), aber auch für die Männer ist sie zum großen Teil wichtig (86 Prozent). Spitzenwerte erreicht die Bedeutung bei den Senioren (70 Jahre und älter: 97 Prozent), aber auch bei alleinerziehenden Singles und Verheirateten ohne Kinder sowie Hauptschulabsolventen (je 95 Prozent). Im Bezirk Chemnitz ist den Menschen zu 96 Prozent "Heimat" wichtig, in Dresden und Leipzig je 86 Prozent. In kleinen und mittleren Gemeinden ist die Heimat für die Befragten deutlich wichtiger (96 bzw. 97 Prozent) als für jene, die in großen Städten leben (78 Prozent).

Wie wichtig ist für Sie Ihre „Heimat“?

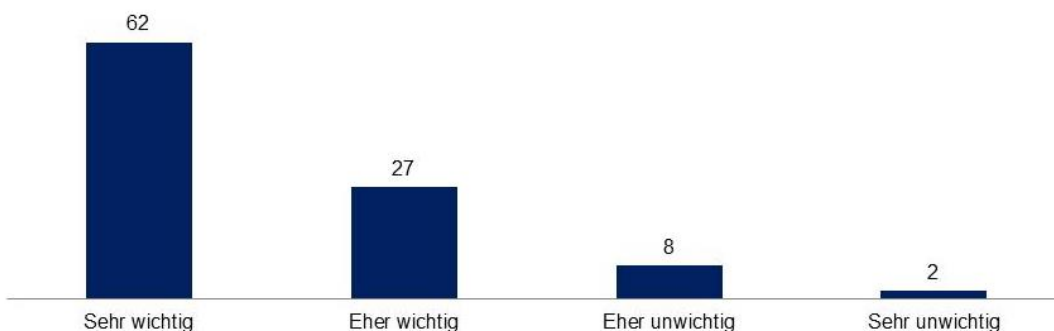


Abbildung 38 – Wichtigkeit der „Heimat“

Der Begriff "Heimat" beinhaltet eine Vielzahl an Vorstellungen und Emotionen. Um ihn im Sinne der Befragten zu fassen, wurden diese nach den Inhalten gefragt, die sie mit dem Heimatbegriff verknüpfen (vgl. Abbildung 39). An erster Stelle stehen die Menschen: Familie und Verwandte (41 Prozent) sowie Freunde und Bekannte (30 Prozent) sind für die meisten Befragten Inbegriff von "Heimat". Für

die Frauen sind diese persönlichen Bindungen deutlich wichtiger (Familie: 49 Prozent, Freunde: 34 Prozent) als für die Männer (Familie: 33 Prozent, Freunde: 25 Prozent).

Auch der Geburtsort und die eigenen Wurzeln (19 Prozent), das Umfeld, die soziale Gemeinschaft (18 Prozent) und der eigene Wohnort, das Zuhause (17 Prozent) spielt für viele eine wichtige Rolle für den Begriff "Heimat".

Für 15 Prozent der Befragten ist Heimat einfach ein Gefühl, nämlich dort, wo sie sich wohlfühlen. 13 Prozent fassen "Heimat" großräumig als "die Region, das Bundesland, Deutschland". Und 10 Prozent der Befragten sehen den Ort ihrer Kindheit (wo man aufgewachsen ist) als Heimat an.

Für jeden bedeutet „Heimat“ ja möglicherweise etwas anderes. Was verbinden Sie persönlich mit Heimat?

Top-10-Nennungen

Familie / Verwandte	41
Freunde / Bekannte	30
Geburtsort / eigene Wurzeln	19
Umfeld / soziale Gemeinschaft	18
Wohnort / Zuhause	17
Dort, wo ich mich wohlfühle	15
Region / Bundesland / Deutschland	13
Dort, wo ich aufgewachsen bin	10
Der Lebensmittelpunkt	8
Natur / Landschaft	7

Abbildung 39 – Bedeutung der „Heimat“

Als stärkste Bedrohung für ihre Heimat sehen die Befragten den Verlust von Infrastruktur. An erster Stelle stehen hier die Schließung von nahe gelegenen Einzelhandelsgeschäften und Arztpraxen (77 Prozent) und die Notwendigkeit, umziehen zu müssen, wenn die Lebenshaltungskosten steigen (74 Prozent). Auch das Verschwinden anderer öffentlicher Einrichtungen wie Schulen oder Schwimmbäder werden noch von 73 Prozent der Befragten als Bedrohung der Heimat erachtet.

Auf ähnlich hohem Niveau bewegt sich das Festhalten an ideellen Werten. 74 Prozent der Befragten sehen es als Bedrohung der Heimat an, wenn Traditionen und altes Brauchtum nicht mehr praktiziert würden. Fast ebenso vielen ist die Nähe von Freunden und Bekannten wichtig: für 73 Prozent würde die Heimat bedroht, wenn sie nicht mehr in der Nähe wohnen würden. Auch familiäre Bindungen sind Teil des Heimatgefühls. Zwei Drittel der Befragten (66 Prozent) sähen eine Bedrohung für die Heimat, wenn die Familie nicht mehr in der Nähe wohnen würde. Die Anwesenheit fremder Leute hingegen empfindet lediglich knapp ein Viertel (24 Prozent) der Befragten als bedrohlich für ihre Heimat.

Der Verlust von Traditionen und die Verschlechterung der Infrastruktur wird vor allem in den kleinen und mittleren Gemeinden als Bedrohung für die Heimat gesehen, während dies in den Großstädten von den Befragten sichtbar weniger als solche wahrgenommen wird. Die stärkste Abweichung zeigt sich bei der Bewertung von Traditionen und altem Brauchtum. Während über 80 Prozent der Befragten in kleinen und mittleren Gemeinden (81 bzw. 87 Prozent) die fehlende Ausübung alten Brauchtums als Bedrohung von Heimat bewerten, sind es in den Großstädten lediglich etwas über die Hälfte

der Befragten (57 Prozent). Der Verlust der Infrastruktur wird am deutlichsten in den kleinen Gemeinden als Bedrohung gesehen (Einzelhandel/Arztpraxen: 84 Prozent, Schulen/Schwimmbäder: 83 Prozent). Auch in den mittleren Gemeinden liegen die Werte mit 82 bzw. 76 Prozent ähnlich hoch. In den Großstädten sehen lediglich 67 bzw. 61 Prozent hierin eine Bedrohung.

Eine gute Nahversorgung ist vor allem für ältere Menschen von sehr großer Bedeutung. Die Befragten der höchsten Altersgruppe (70 Jahre und älter) sehen die Schließung von Einzelhandelsgeschäften und Arztpraxen zu 86 Prozent als Bedrohung der Heimat an, während es bei den 18- bis 29-Jährigen lediglich 66 Prozent sind. Der Verlust von Traditionen und altem Brauchtum wird von dieser jüngsten Altersgruppe nur zu etwas über der Hälfte (55 Prozent) als Bedrohung für die Heimat erachtet, während die Menschen ab 60 Jahren dies zu 82 Prozent so empfinden.

2.7 Fazit

Der **Sachsen-Monitor** hat erneut komplexe Erkenntnisse zum Vorschein gebracht. Positiv ist zunächst anzumerken, dass die weitaus meisten Menschen in Sachsen ihre Lebensumstände positiv bewerten und zuversichtlich in die Zukunft blicken. Besonders zufrieden sind die Menschen in Sachsen mit ihrer Wohnsituation, ihrer beruflichen Situation und ihrer ärztlichen Versorgung. Auch den Sicherheitsaspekt bewerten drei Viertel der Befragten positiv. Die Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation erreicht mit 81 Prozent einen Höchstwert und liegt sogar noch leicht über dem bundesweiten Zufriedenheitswert (78 Prozent).

Gleichzeitig ist die Bevölkerung im Freistaat hinsichtlich der Bewertung vieler wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aspekte gespalten: Rund jeder zweite Sachse meint, in Deutschland gehe es eher ungerecht zu und die sozialen Aufstiegschancen seien schlecht.

Viele Menschen in Sachsen sorgen sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, aber auch darum, dass die deutsche Kultur und Eigenart verloren geht. Beide Sorgen sind im Vergleich zur Vorjahreserhebung deutlich angestiegen (um 7 bzw. 10 Prozentpunkte).

Die größte Sorge der Sachsen bleibt jedoch wie im Vorjahr die Sorge vor einem Anstieg der Gegensätze zwischen Arm und Reich. Der Blick auf die finanziellen Sorgen der Menschen in Sachsen zeigt zunächst, dass diese in der Gesamtbetrachtung schwach ausgeprägt sind. Mit ihrer finanziellen Situation und ihrer sozialen Absicherung sind zwei Drittel der Menschen zufrieden. Hierbei kommt es jedoch sehr darauf an, wen man fragt: Formal niedriger Gebildete sind diesbezüglich deutlich weniger zufrieden als formal höher Gebildete. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Unzufriedenheit im Bezirk Chemnitz deutlich stärker ausgeprägt ist als in den Bezirken Dresden und Leipzig.

Das Meinungsbild hinsichtlich Politik, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist in Sachsen ebenso vielschichtig. Einerseits ist die Bereitschaft zur politischen Partizipation stark ausgeprägt und ausgewählte Kriterien von Demokratie wie freie und faire Wahlen, eine freie Opposition und Minderheitenschutz werden von nahezu allen Befragten als wichtig erachtet.

Andererseits sind nur vier von zehn Sachsen mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden. Der Landesregierung und dem Landtag schenkt nur rund jeder Zweite Vertrauen, noch schlechter sieht es mit dem Vertrauen in Bundes- und EU-Institutionen aus. Insgesamt ist das Vertrauen in fast alle Institutionen im Vergleich zu 2017 rückläufig. Besonders schlecht steht es um die Bewertung von Parteien und Politikern im Allgemeinen. Drei Viertel der Sachsen glauben, die meisten Politiker wollten nur die Stimmen der Wähler, die Ansichten der Wähler interessierten sie nicht. Nur jeder Zehnte vertraut Parteien im Allgemeinen.

Die überwiegende Mehrheit der Sachsen weist nur einen niedrigen Grad an Ressentiments gegenüber einzelnen Bevölkerungsgruppen auf – stimmt also den Aussagen zur Messung von Ressentiments kaum zu. Insbesondere gegenüber Ausländern und Muslimen sind Ressentiments jedoch verbreitet. Jeweils rund jeder Zweite meint, Deutschland sei durch Ausländer „überfremdet“ und durch „die vielen Muslime“ fühle er sich manchmal wie ein Fremder.

Heimat hat für nahezu alle Menschen im Freistaat Sachsen einen sehr hohen Stellenwert. Für die meisten ist Heimat allerdings kein Ort oder eine Region, sondern die Menschen, die ihnen nahestehen: Familie und Verwandte sowie Freunde und Bekannte.

Quellen und Literatur

Infratest dimap (2017) im Auftrag der ARD: Vorwählerhebung. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 18.-20.9.2017. Fallzahl: 1.510 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews, Dualframe (Festnetz/Mobilfunk: 70:30).

Infratest dimap (2017) im Auftrag der ARD: DeutschlandTREND September 2017. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Erhebungszeitraum: 4.-5.9.2017. Fallzahl: 1.003 Befragte. Methode: Computergestützte Telefoninterviews, Dualframe (Festnetz/Mobilfunk: 70:30).